Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1918

33 (8.2.1918)

Visual Library

No. 33. Karlsruhe, Freitag den 8. Februar 1918. 38. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postschalter monatl. 1.10 M, ¼jährl. 3,30 M. Zugestellt durch unsere Träger 1,20 bezw. 3,60 M; durch die Post 1,24 M bezw. 3,72 M; durch die Feldpost 1,25 M bezw. 3,60 M, vorauszahlbar.

Ausgabe: Werktag mittags. **Geschäftszeit:** ½8—½1 u. 2—½6 Uhr abends. **Fernspr.:** Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelzeile od. deren Raum 20 Pf. Pl...ganzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme ½9 Uhr vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. — **Druck u. Verlag:** Buchdruckerei Geck & Cie., Karlsruhe.

Kriegsnachrichten.

Deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 7. Febr. (WTB. Nicht amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Nahe an der Küste am Nachmittag Artilleriekampf. — Von einem Vorstoß westlich von Zandvoorde und aus Vorfeldkämpfen im Artois brachten Infanterieabteilungen Gefangene ein. Die englische Artillerie war am Abend zu beiden Seiten der Scarpe und westlich von Cambrai wieder tätig. Ein französischer Vorstoß in der Champagne scheiterte. Im Maasgebiet hielt Artillerietätigkeit im Anschluß an eine südwestlich von Ornes erfolgreich durchgeführte Erkundung tagsüber an.

Vizefeldwebel Eßwein schoß in den letzten drei Tagen sechs feindliche Flugzeuge ab.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Neue Versenkungen.

WTB. Bern, 6. Febr. (Nicht amtlich.) Laut „Depeche de Lyon" ist das französische Patrouillenschiff „Gouland" am 11. Januar von einem U-Boot versenkt worden.

Brlin, 8. Febr. Neue U-Bootserfolge im westlichen Mittelmeer: **26 000 Bruttoregistertonnen.** Die dadurch unseren Feinden zugefügten Verluste haben den Transportverkehr nach Frankreich und Italien schwer getroffen. Unter den versenkten Schiffen befinden sich **2 große Transportdampfer** und 1 Tankdampfer, der samt seinem Begleitfahrzeug vernichtet wurde und anscheinend Benzin oder Naphtha geladen hatte, daher unter einer ungeheuren Feuersäule versank. Auch 5 italienische Segler fielen den Angriffen der U-Boote zum Opfer, unter ihnen die Schoner „Attilio", „Urania" mit Korkladung und „Maria S. S. del Paradisa".

An den vorstehenden Erfolgen war in erster Linie ein kleines U-Boot unter Führung des Oberleutnants zur See Neumann beteiligt.

Zum Luftangriff auf Paris.

Berlin, 7. Febr. Deutsche Bombengeschwader haben in der Nacht vom 30. zum 31. Januar zum erstenmal planmäßig und kraftvoll die Stadt Paris angegriffen. Der Angriff war erfolgreich, Verluste und Schaden nach amtlichen französischen Berichten stark. Die Strafe, die die Stadt Paris damit erduldet hat, ist hart, aber gerecht. Schon vor einem Vierteljahr haben wir Frankreich durch Funkspruch gewarnt, die Bombenangriffe auf offene Städte weit außerhalb des Operationsgebietes fortzusetzen. Wir haben gedroht, daß, falls die Luftangriffe nicht aufhörten, Paris die Strafe zu tragen haben würde. Frankreichs Regierung hat nicht gehört. Am heiligen Weihnachtsabend überfielen feindliche Flieger die offene Stadt Mannheim. Sie griffen im Laufe des Januars die offenen Städte Trier, Heidelberg, Karlsruhe, Rastatt und Freiburg in zweckloser Weise mit Bomben an. Die Stunde der Strafe war gekommen. Frankreich ist abermals gewarnt, nicht mehr durch das Wort, sondern die Tat. Und sollte auch diese Warnung unbeachtet bleiben, sollten wiederum friedliche deutsche Rheinstädte durch feindliche Fliegerbomben zu leiden haben, so wird die Stadt Paris erneut die Vergeltungsstrafe zu erdulden haben in einem Umfange und einer Stärke, wie sie rückfälligen Verbrechern gegenüber am Platze ist.

Die Lage im neuen Rußland.

Hungersnot in Petersburg.

Rotterdam, 6. Febr. (WTB. Nicht amtlich.) „Daily News" melden aus Petersburg, daß der Mangel an Lebensmitteln in der Hauptstadt und in den benachbarten Distrikten zunimmt. An vielen Stellen wurden Eisenbahnzüge, die mit Lebensmitteln nach Petersburg unterwegs waren, angehalten und ausgeraubt. Am Freitag wurde bei einem Gefecht zwischen Bauern und Bewachungsmannschaften eines Schnellzuges zehn Personen getötet und 25 verwaren, angehalten und ausgeraubt. Am Freitag wurden ohne viel Schwierigkeiten durchgeführt. Die Preise steigen noch immer. Kartoffeln kosten ungefähr 3 Mk. das Pfund, Zucker 17 Mk. Der Mangel an Getreide wird immer fühlbarer, zumal da die Bauern in Südrußland kein Papiergeld mehr annehmen und ihr Getreide nur gegen andere Waren austauschen. Es wurden mit einem Zuge Fabrikwaren nach dem Süden geschickt, um dagegen Getreide und Mehl einzutauschen.

London, 7. Febr. (Reuter.) Die „Times" erfahren aus Petersburg vom 1., daß in einigen Hauptstraßen Hungerunruhen stattfanden, deren Ursache war, daß das Gerücht verbreitet wurde, die Brotration würde von einem Viertelpfund auf ein Pfund täglich erhöht. Eine große Menschenmenge versammelte sich vor den Bäckerläden und den Gemeindeverteilungsmagazinen. Sie war sehr enttäuscht, als sich das Gerücht als unwahr herausstellte. Die Rote Garde feuerte auf die Aufrührer. In einer der größten Brauereien Petersburgs hinderten in den letzten Tagen Soldaten und Rote Garde die hungernde Menge, sich der eingelaufenen Kartoffelvorräte zu bemächtigen, die meist erfroren und für die menschliche Nahrung ungeeignet waren.

London, 7. Febr. Reuter. „Daily Mail" erfährt aus Petersburg vom 2. Februar, die verfügbaren Lebensmittel reichten noch für 8 Tage, bei einer Hungerration von einem Viertelpfund Brot täglich noch einige Tage länger. Einige Soldaten und Seeleute nahmen an der Plünderung teil. Der Regierungsvertreter konnte die hungernde Menge nicht beschwichtigen. Kartoffeln werden zu einem Rubel und 40 Kopeken das Pfund verkauft. Ein Soldat, der ein Pfund Brot für 5 Rubel verkaufte, wurde ertränkt. Das Pfund Butter wird zu 14 Rubeln verkauft. Fleisch ist seit Beginn des Tauwetters billiger. Das Pfund Kohl kostet 90 Kopeken. Das meiste Brot ist mit Stroh vermengt. Selbst in Krankenhäusern gibt es kein weißes Brot mehr. Die Haussuchungen nach Lebensmitteln haben wenig ergeben und vermehren die Nervosität der Bevölkerung. Die Durchsuchung der Privatwohnungen durch Soldaten, Seeleute und Rote Garden beunruhigt die Betreffenden sehr.

Der verschärfte Belagerungszustand für ganz Rußland.

Basel, 7. Febr. (Privattelegr.) „Daily News" melden aus Petersburg: Infolge der Unruhebewegung in Rußland und der verdächtigen Haltung verschiedener russischer Semstwos wurde über ganz Rußland der verschärfte Belagerungszustand verhängt.

Basel, 7. Febr. (Privattelegr.) „Secolo" meldet aus Petersburg: Die Beschlüsse von russischen Semstwos, die gegen die Petersburger Regierung Stellung nehmen, mehren sich in besorgniserregender Weise. Die Regierung hat deshalb den gesamten Drahtverkehr mit den Provinzen unterbunden. (g. K.)

Trennung von Staat und Kirche in Rußland.

Petersburg, 6. Febr. (WTB. Nicht amtlich.) Meldung der P.T.A. Ein Erlaß über die Gewissensfreiheit der religiösen Gesellschaften, Trennung von Staat und Kirche, Abschaffung aller Vorteile, die sich auf das Glaubensbekenntnis begründen und aller Beschränkungen der Gewissensfreiheit, verkündet vollständige Freiheit der religiösen Riten. Der religiöse Eid wird abgeschafft und durch eine feierliche Versicherung ersetzt. Die Schule wird von der Kirche getrennt. Der obligatorische Religionsunterricht wird aufhoben. Alle Kirchengüter werden als Volkseigentum erklärt. Gebäude und Gegenstände, die dem Kultus dienen, gehen an die religiösen Gesellschaften zu kostenlosem Gebrauch über.

Die Bolschewiki mit dem großen Kirchenbann belegt.

Petersburg, 6. Febr. (WTB. Nicht amtlich.) Auf das Dekret betreffend die Trennung von Staat und Kirche haben die kirchlich gesinnten Kreise ziemlich lebhaft reagiert. Der Patriarch von Moskau hat die Bolschewiki mit dem großen Kirchenbann belegt.

Die Zustände in Finnland.

WTB. Stockholm, 6. Febr. (Nicht amtlich.) Nach Telegrammen an die hiesige finnische Gesandtschaft sind in dem Kampfe bei Ulesbourg 200 russische Soldaten, 150 Rote und 40 Weiße Gardisten gefallen. Kami ist von den Regierungstruppen genommen. Am 6. Februar um 6 Uhr nachmittags hat der Kampf um Tornea begonnen.

Schiefe holländische Neutralität.

Berlin, 7. Febr. (WTB. Nicht amtlich.) Während der deutschfeindliche „Telegraaf" das provisorische holländisch-amerikanische Abkommen lebhaft begrüßt, wendet sich die angesehene holländische Wochenschrift „Haegsche Post", der man allzu deutschfreundliche Neigungen ganz gewiß nicht zuschreiben kann, gegen die amerikanische Regierung, die durch ihre Haltung Holland gegenüber es erforderlich erachte, daß 300 000 Tonnen holländischen Schiffsraumes, nahezu ein Drittel der ganzen holländischen Handelstonnage, tatenlos monatelang in amerikanischen Häfen bleiben mußte. Das jetzige Abkommen befriedigt das Blatt keineswegs, da nur ganze zwei Schiffe Lebensmittel nach Holland bringen dürfen und es noch nicht einmal feststeht, ob diese Schiffe das dringend erforderliche Getreide einführen würden. Des weiteren bemängelt das Blatt, daß das „Land der Freiheit" das holländische Schiff „Nieuve Amsterdam" mit holländischen Fahrgästen eine Woche lang im Hafen zu bleiben zwang, während 70 holländischen Reisenden aus den willkürlichsten oder ganz ohne Gründe die Reiseerlaubnis sogar nach den eigenen holländischen Kolonien verweigert wurde.

Amsterdam, 7. Febr. (WTB. Nicht amtlich.) Das „Allgemeen Handelsblad" veröffentlicht eine Unterredung seines Berliner Vertreters mit dem Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Frhrn. v. d. Bussche über die Stellungnahme Deutschlands zu den holländisch-amerikanischen Verhandlungen. Frhr. v. d. Bussche erklärte:

Von deutscher Seite ist stets das ehrliche Bemühen der Niederländer, ihre Neutralität als wirklich einseitige aufrecht zu erhalten, rückhaltlos anerkannt worden. Der Kaiserlichen Regierung ist die schwierige Lage, in der sich Holland zwischen den beiden kriegführenden Mächten, England und Deutschland, befindet, gut bekannt. Die kaiserliche Regierung hat volles Verständnis dafür, daß Holland keine Mittel besitzt, um die in amerikanischen Häfen widerrechtlich festgehaltenen holländischen Schiffe vor dem Zugriff der Entente zu schützen. Das von einer mächtigen Koalition mit allen erdenklichen Mitteln bekämpfte Deutsche Reich kann aber nicht ruhig die Wirkungen eines Gewaltaktes hinnehmen, die für die Feinde eine Verbesserung ihrer Lage und für Deutschland im selben Maße eine Verschlechterung seiner eigenen bedeuten. Unser Entgegenkommen muß seine Grenzen in der Rücksicht auf die zwingenden Lebensnotwendigkeiten des eigenen Volkes finden, die wiederum notwendigerweise von der Dauer des Krieges abhängen. Wenn Amerika nun durch den neuen, der Form nach nur notdürftig verhüllten Schiffsraub mehrere hunderttausende Tonnen neutralen Schiffsraumes für die Zwecke der Entente an sich bringt, so wird hierdurch zweifellos die Kriegslage für die letztere erleichtert und damit der Krieg aller Wahrscheinlichkeit nach verlängert. Eine solche Lösung müßte auch einen gewissen Vorteil für Holland mit sich bringen, wenn sie für uns verständlich erscheinen sollte. Soviel mir bekannt ist, soll indessen die weitere Verpflegung Hollands — soweit sie überhaupt von den Vereinigten Staaten noch gewährt werden wird — mittels holländischer Schiffe erfolgen, die zur Zeit noch in niederländischen Häfen liegen, von denen die Entente außerdem noch zum eigenen Gebrauch zu fordern scheint. Damit wird also weiter holländischer Schiffsraum dem Zugreifen der Entente ausgesetzt werden. Sie werden verstehen, daß eine derartige Situation die deutsche Regierung nicht uninteressiert lassen kann. Außerdem will sogar, soweit mir bekannt ist, Amerika sich entschieden in die Ausfuhr Hollands nach Deutschland einmischen, also die Blockade an die deutsch-holländische Grenze verlegen.

Demission der Regierung in Oesterreich

Wien, 7. Febr. (Wiener Korr.-Bur.) Das Abgeordnetenhaus setzte die Debatte über den Staatshaushalt fort. Am Schluß der Sitzung erklärte Präsident Dr. Groß, er habe soeben vom Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler die Mitteilung erhalten, daß die Regierung dem Kaiser ihre Demission überreicht habe. Unter diesen Umständen bleibe nach konstitutionellem Brauch nichts anderes übrig, als vorläufig die Sitzungen des Hauses zu vertagen. Die nächste Sitzung werde auf schriftlichem Wege bekannt gegeben werden. — In parlamentarischen Kreisen verlautet, die Demission der Regierung sei auf einen Beschluß des Polenklubs zurückzuführen, der sich sowohl gegen den Eintritt in die Spezialdebatte, wie gegen ein zweimonatiges Budgetprovisorium aussprach, wodurch die Majorität für das Budget in Frage gestellt worden sei.

Englische Thronrede.

London, 7. Febr. Reuter. Der König richtete gestern abend eine Ansprache an das Parlament, in der er zunächst des Eintritts Amerikas in den Krieg gedachte, dem der Eintritt anderer neutraler Staaten folgte, und so praktisch die ganze zivilisierte Welt in einer Kampfliga gegen die gewissenlosen Angreifer verteidigte. Rußland konnte die Früchte seiner großen Opfer nicht ernten und es hat gegenwärtig aufgehört, seinen Anteil an den alliierten Aufgaben zu tragen. Mitten in der Verwirrung wechselnder Ereignisse bestehe der Entschluß der Demokratie, der Welt einen gerechten und dauerhaften Frieden zu sichern, klarer denn je. Die Thronrede erwähnt sodann die Ereignisse in Palästina, in Mesopotamien, sowie die in Afrika, wo der Feind den letzten Rest seiner kolonialen Besitzungen verloren habe, und bezeichnet die erfolgreiche Fortsetzung des Krieges als weiteres erstes Ziel. Bezüglich Irlands wird die Hoffnung ausgedrückt, daß trotz aller Verwickelung der Probleme eine Lösung hinsichtlich der Regierung Irlands möglich sei, über die der Konvent von Vertretern des irischen Volkes gegenwärtig berate.

Schweres Eisenbahnunglück.

Magdeburg, 8. Febr. (Amtlich.) Gestern 1 Uhr früh rissen von einem von Güsten nach Sandersleben fahrenden Militärzug 41 Achsen ab und rollten in starkem Gefälle in der Richtung nach Güsten zurück. Kurz vor dem Bahnhof Güsten stießen diese Wagen auf den dort haltenden Güterzug. Bei dem Zusammenstoß entgleisten von dem Militärzug 4 Personen- und 1 Güterwagen und wurden stark beschädigt. Getötet wurden 2 Schaffner und 15 Soldaten, verletzt 33 Soldaten, darunter 21 schwer. Die Verletzten sind den Lazaretten in Bernburg zugeführt worden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Kein Grund zur Erregung?

Eine Monatsschau.

Ein großer Teil der bürgerlichen Presse gefällt sich immer noch darin, die Streikbewegung als „künstlich" und „frivol" durch „Betörung" der Massen zustandegekommen hinzustellen. Welches die wahren Gründe der Erregung und die wahren Schuldigen sind, das zu erkennen, genügt schon eine kurze Rückschau auf die Ereignisse des einen Monats Januar, von den früheren Vorgängen ganz abgesehen. Darum sei hier eine solche chronologische Zusammenstellung in Kürze wiedergegeben:

Am 2. Januar wird in der deutschen Presse das austro-polnische Projekt Oesterreich-Ungarns: **die geplante Verschmelzung Polens mit der Donaumonarchie und die beabsichtigte Angliederung Kurlands und Litauens an Preußen erörtert.** Am 3. Januar fordern die Alldeutschen, die unzufrieden mit der Entwicklung der Verhandlungen in Brest-Litowsk sind, kurzerhand zur Revolution auf. **„Wo bleibt York"** so schreibt die „Deutsche Tageszeitung", wo bleibt York, dessen die notvolle Zeit hangend und bangend wartet? Ist nicht einer unter allen Palladinen?" Die Erinnerung an York ist unzweideutig. Es werden hier die Generäle aufgefordert, einfach **über den Kopf der Regierung hinweg auf eigene Faust** und nach ihren Grundsätzen mit dem Feinde zu verhandeln. Hier liegt eine greifbare Drohung und Aufreizung zum Staatsstreich vor!

Am 5. Januar stellt Scheidemann fest: Am 29. Nov. 1917 habe sich der Herr Reichskanzler in seiner Reichstagsrede erneut zum **Selbstbestimmungsrecht der Völker bekannt.** Die Erklärung der deutschen Unterhändler in Brest am 25. Dezember decke sich mit alledem. Unverständlich war es, daß dann am 27. Dezember von den russischen Unterhändlern verlangt worden ist, sie sollten Kundgebungen der Körperschaften in Kurland, Litauen als Ausdruck des Volkswillens akzeptieren".

Am 6. Januar bekundet die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre Entschlossenheit, **jedem Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechtes zum Zwecke verschleierter Annexion mit Entschiedenheit entgegenzutreten.**

Am 6. Januar dementiert das Wolff-Bureau die von alldeutschen Blättern gebrachte Nachricht, daß ein **Entlassungsgesuch des Generals Ludendorff vorliege.** Am 8. Januar wird durch die Presse das **geheime Rundschreiben des Herrn von Tirpitz** verbreitet, in dem dieser Herr seine Eindrücke von einer **Unterredung mit dem Reichskanzler** seinen Getreuen in Köln vermittelt. In dem Rundschreiben heißt es: **„Bei der Hauptleitung besteht der Eindruck, daß im Falle eines deutsch-russischen Sonderfriedens die deutschen Notwendigkeiten im Osten nicht gefährdet sind".** In einem Telegramm sagt Herr von Tirpitz dem Reichskanzler **die tatkräftigste Unterstützung der Deutschen Vaterlandspartei zu. Unterhändler** in Brest-Litowsk werden nun, das erwartet Herr von Tirpitz, den Weg zu einer **klaren, zielbewußten Politik** finden, also zu einer Tirpitzschen Annexionspolitik. Der Reichskanzler hüllt sich in Schweigen.

Am 10. Januar verbreiten die deutschen Zeitungen die **Friedensbotschaft Wilsons** vom 8. Januar. Das Reichskanzlerblatt schreibt: „Die 14 Punkte bilden im Gegensatz zu der Ueberschrift, die Wilson ihnen gibt, **nicht ein Programm des Weltfriedens, sondern eine wahre Symphonie des Willens zum Unfrieden. . . ."** Gleich harte Urteile fällen die Wiener Blätter, obenan das „Fremdenblatt" (Regierungsorgan).

Am 11. Januar werden die Roßtäuscherkniffe der Vaterlandspartei zur Irreführung der Fürsten bekannt. **„Ein Trommelfeuer von Eingaben muß entbrennen".** Die Unterzeichner müssen sagen, daß sie „im Namen ungezählter Mitbürger handlen", deren Sorgen und Verzweiflung sie Ausdruck verleihen; **Ludendorff muß bleiben und Kühlmann gehen.**

Am 11. Januar erscheinen ausführliche Berichte in den Zeitungen über die **Mißhandlungen von Kriegsinvaliden** in einer Berliner Versammlung der Vaterlandspartei.

Am 11. und 12. Januar geht durch die Presse eine eingehende Meldung über eine westpreußische Bündlerversammlung. Auf dieser Parade erklärte Herr von **Wangenheim: „Der Staatsmann, der einen Frieden ohne Kriegsentschädigung schließt, müßte als Landesverräter niedergeschossen werden".** Herr **v. Oldenburg** führte aus: Durch Erzberger und Scheidemann wird das Deutsche Reich vor der ganzen Welt zum Narren gemacht. Wenn ich etwas zu sagen hätte, würde ich **Erzberger in den Schützengraben schicken und Scheidemann müßte sich im Hilfsdienst nützlich machen.** Wenn die Sozialdemokraten keine Munition machen wollten, dann würde ich sagen: Wer sein Vaterland in der Not verläßt, ist ein Hundsfott. **Dann muß man sie zwingen und die Rädelsführer an die Wand stellen und totschießen. Die Regierung muß sein wie ein Dompteur, mal streicheln, mal mit der Peitsche knallen".**

Am 12. Januar trafen **Hindenburg und Ludendorff in Berlin** ein. Die Berliner Blätter brachten sensationelle Berichte über einen **kleinen Kronrat.** In der **polnischen Frage** trat nach dem „Berliner Tageblatt" **„keine neue Wendung"** ein. Man hat offenbar, wenigstens in Berlin, die austro-polnische Lösung aufgegeben. Dabei scheinen nicht nur **militärische,** sondern auch **wirtschaftliche Gründe** mitgesprochen zu haben. Militärische insofern, als man in Litauen jene so viel erörterten **Sicherungen** schaffen will, wirtschaftliche, indem man für die **Einverleibung der industriellen Bezirke Polens in Preußen eintritt.**

Am 16. Januar bringen deutsche und österreichische Zeitungen Kommentare zu der Erklärung des Generals **Hoffmann,** daß die **deutsche Oberste Heeresleitung eine Einmischung in die Regelung der Angelegenheiten der besetzten Gebiete ablehne.** „Für uns (also für die Oberste Heeresleitung) haben die Völker der besetzten Gebiete ihrem Wunsche der Lostrennung von Rußland bereits klar und unzweideutig Ausdruck gegeben". Die Wiener „Arbeiterzeitung" bringt einen sehr scharfen, von der Zensur ungekürzten Artikel gegen den General Hoffmann. Scharfe Entgegnungen erfolgen in dem „Neuen Wiener Tageblatt" und in der „Wiener Allgemeinen Zeitung". Der Wiener Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" bemerkt zu diesen Entgegnungen: „Man kann daraus unschwer erkennen, daß das so kategorische Auftreten des Generals Hoffmann von der österreichisch-ungarischen Diplomatie nicht gerade beifällig aufgenommen worden ist. So wird man sich auch nicht wundern, wenn die Meldungen über die Beratungen und Vorgänge in Berlin mit geradezu ängstlicher Spannung hier erwartet werden. Es steht in Berlin augenblicklich wohl mehr auf dem Spiel, als bloß der innere Friede Deutschlands".

Am 18. Januar teilten die Blätter mit, daß der **Wahlrechtsausschuß des Preußischen Landtags** beschlossen habe, die Herrenhausvorlage vor der Wahlrechtsvorlage zu behandeln. Der „Vorwärts" schreibt dazu, dieser Beschluß sei ein letztes, entscheidendes Symptom dafür, daß die Reaktion das preußische Volk um den Inhalt der feierlichen Versprechungen, um seine Selbstbestimmung, um seine freie künftige Entwicklung bringen wolle. Die Herrenhausreform solle nun zunächst einen Damm gegen alle freiheitliche Fortentwicklung des preußischen Staatslebens errichten.

Am 19. Januar erörterten die deutschen Zeitungen die Tatsache, daß das Wolffsche Bureau systematisch die **große österreichische Ausstandsbewegung totschweigt.** Die Bewegung war wegen der Brest-Litowsker Vorgänge und wegen der Kürzung des Mehlquantums ausgebrochen.

Am 19. und 20. Januar große Debatten über die **Handhabung der Zensur** im Hauptausschuß des Reichstages. Selbst der Zentrumsmann Trimborn muß erklären: Nach jahrelangen Erfahrungen muß auch seine Partei zu dem Gesamturteil kommen, daß es sich **nicht um vereinzelte Mißgriffe** handelt, sondern daß sowohl auf dem Gebiete der Zensur, als auch auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswesens **übelwollend und ungerecht gegen die Anhänger der Reichstagsmehrheit vorgegangen wird.** Gegen sie lassen die Militärbehörden sogar die **schändlichsten Beschimpfungen** zu. Wenn sich dann die Angegriffenen verteidigen wollen, verhindern die Militärbehörden das unter dem Vorwande, der Burgfriede müsse gewahrt werden.

Am 21. Januar meldete der offiziöse Draht **den Sieg der österreichisch-ungarischen Massenbewegung.** Der Ministerpräsident erklärt, daß die Regierung auf dem Standpunkt des **annexionslosen und kontributionslosen Friedens stehe.** Das austro-polnische Projekt wird ausdrücklich fallen gelassen. Die Polen sollen selbst ihre staatliche Ordnung durch **Volksabstimmung auf breiter Grundlage** regeln.

Am 22. Januar wendet sich im Reichstagsausschuß Ebert gegen das **Verbot des „Vorwärts".** Er erklärt: „Ausgerechnet in den Tagen, in denen wir hier über die Zensur verhandeln, erfolgt ein solches Verbot, das den **ganzen Beschwerden die Krone aufsetzt.** In Oesterreich-Ungarn spielen sich Dinge von einschneidender Bedeutung ab. Wie kann das Ausland Vertrauen in die deutsche Presse haben, wenn ihr die Mitteilung solcher Tatsachen verboten wird, und das in einer Zeit, in der die Alldeutschen ungehindert gegen Oesterreich hetzen. Der Reichstag ist es geradezu seiner Würde schuldig, **gegen dieses Vorgehen den allerschärfsten Protest zu erheben.** Wir haben schon am vorigen Mittwoch gegen die Rede des Generals Hoffmann im Hauptausschuß protestiert, allerdings ist diese Verhandlung für vertraulich erklärt worden und kam deshalb nicht in die Oeffentlichkeit. Wir begrüßen das Vorgehen des Proletariats in Oesterreich und in Ungarn und drücken ihm unsere volle Sympathie aus. Sie dürfen versichert sein, wenn es sein muß, wird die deutsche Arbeiterklasse ihre ganze Kraft dransetzen, um zu verhüten, daß die Bestrebungen zur Herbeiführung eines baldigen Friedens der Verständigung und des Rechtes durchkreuzt werden".

Am 24. Januar hält Graf v. Hertling eine sehr **gewundene und unklare Rede** über Deutschlands **Kriegsziele.** Graf Czernin dagegen erklärte: er wolle **keinen Quadratmeter Land und keinen Kreuzer von Rußland** verlangen. Er bezeichnet die Vorschläge Wilsons als eine **bedeutende Annäherung** an den österreichisch-ungarischen Standpunkt. Oesterreich-Ungarn verteidige nur den vorkriegerischen Besitzstand seiner Bundesgenossen.

Am 24. Januar charakterisierte Scheidemann im Reichstagshauptausschuß die widerspruchsvolle Friedenspolitik in Brest-Litowsk vom 25. Dezember und 27. Dezember und nennt die Situation **„völlig verfahren".** Er schließt mit der Warnung: „Vergessen Sie auch das nicht: **die Stimmung der Massen ist sehr ernst.** Die Ernährungsschwierigkeiten sind bei uns gewiß nicht geringer als in England und Frankreich. Das **Treiben der Reaktion** im preußischen Abgeordnetenhause **steigert den Konfliktsstoff in bedenklicher Weise.** Darüber muß vollständige Klarheit geschaffen werden. Lassen Sie die Verhandlungen im Osten scheitern und werden die Erwartungen im Westen getäuscht, was dann? Ich will diese Gedanken nicht weiter ausspinnen, aber dies sagen: **Wir Sozialdemokraten wollen alles tun für unser Volk und unser Land. Aber wir werden nie daran denken, unsere Haut für eine Regierung zu Markte zu tragen, von der wir vielleicht die Ueberzeugung gewinnen müßten, daß sie ihre Pflicht dem Volke gegenüber nicht erfüllt".**

Am 25. Januar geht die Meldung durch die Zeitungen, daß die „Kreuzzeitung" erklärt habe, **Scheidemann und Ebert gehörten von Rechtswegen auf den Sandhaufen.** Die „Deutsche Tageszeitung" verlangt **„innere Grenzsicherung"** und die „Deutsche Zeitung" fordert die **Aufhebung des § 152 der Gewerbeordnung.**

Am 26. Januar teilt Ledebour im Hauptausschuß des Reichstags mit, daß die in **Riga zustande gekommene Kundgebung zur Errichtung eines baltischen Staates** völlig unter dem Einfluß des Oberbefehlshabers stand, der der Versammlung vorschrieb, welchen Wortlaut sie für ihre Eingabe zu wählen habe.

Am 27. Januar hob Haase im Hauptausschuß des Reichstags hervor, daß der **Vorsitzende des kurländischen Landrats** direkt eine Germanisierung der baltischen Provinzen gefordert habe. Das decke sich völlig mit der Denkschrift, die Herrn Michaelis zugeschrieben wird. Eine offene Annexionspolitik ist entschieden ehrlicher als die fortgesetzten Hinterhältigkeiten.

Am 29. Januar erscheinen in der „Deutschen Zeitung" ausführliche Berichte über die deutsche Streikbewegung. Zum Aktionsausschuß der streikenden Arbeiter sind **drei Vertreter der Sozialdemokratischen Partei** (Scheidemann, Ebert, Braun) und drei Vertreter der Unabhängigen (Haase, Ledebour und Dittmann) hinzugezogen worden.

Deutsches Reich.

Zwischen Preußen und Europa.

An die Mitteilung, daß am Sonntag in der Albert Hall zu London eine Vertrauensmännerversammlung der englischen Maschinenbauer-Organisation getagt hat, die sich für Eröffnung von Friedensverhandlungen aussprach, knüpft die Wiener „Arbeiter-Zeitung" längere Betrachtungen, aus denen diese Stellen für uns von besonderem Interesse sind:

„Während sich in England große Kämpfe vorbereiten, sind sie in Deutschland bereits im Gang. Und die deutsche Regierung schwankt noch immer, ob sie den Streik preußisch oder europäisch behandeln soll. Sie hat sich zuerst entschlossen, mit den Arbeitern preußisch zu reden, hat also in Berlin den verschärften Belagerungszustand proklamiert. . . . Da man ohnehin mit der ganzen Welt im Kriege ist, erklärt der Oberbefehlshaber in den Marken auch noch den deutschen Arbeitern den Krieg. Aber anderseits sieht die Regierung doch, daß man mit solchen Drohungen vielleicht Straßenexzesse verhindern, aber gewiß nicht die Streikenden zur Arbeit zurückführen kann; und sie ahnt wohl auch, daß die gewaltsame Niederwerfung der Arbeiter die Regierung selbst dem Kommando der Alldeutschen völlig ausliefern und Deutschlands Stellung in der Welt empfindlich verschlechtern würde. Also versucht sie neben der preußischen Methode auch die europäische; das Regierungsblatt kündigt an, daß die Regierung bereit sei, mit den Wortführern der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften über die Forderungen der Arbeiter zu verhandeln. So schwankt die deutsche Regierung wie in ihrer äußeren Politik auch in ihrer inneren zwischen Gewalt und Verständigung, zwischen Preußen und Europa unsicher hin und her. In England wie in Deutschland hat der Kampf um den Frieden begonnen. Britische und deutsche Arbeiter, die einander auf den Schlachtfeldern seit dreieinhalb Jahren erbittert bekämpfen, sind im Kampfe um den Frieden vereint . . . England und Deutschland sind die Vorkämpfer der beiden Mächtegruppen, deren Krieg die Welt verwüstet; in London und in Berlin muß der Kriegswille gebrochen werden, damit der mißhandelten Welt wieder der Friede werde!"

Gelogen wie gedruckt!

Die „Welt am Montag" schreibt:

Seit einiger Zeit geht der reichsdeutschen Presse eine von einem Herrn Victor Lischka in Wien herausgegebene „Korrespondenz aus Oesterreich" zu, die in wildestem Alldeutschtum macht. Das ist natürlich ihr gutes Recht. Wenn sie sich nur ein wenig mehr an die Wahrheit halten wollte! In der Nummer vom 10. Januar enthält die Korrespondenz einen fulminanten Artikel gegen die Demokratie, die als „Mode des Hinterlandes, Sport der Enthobenen, Unterhaltung der Kriegsgewinner" bezeichnet wird. In diesem Artikel findet sich folgender klassischer Satz:

„Die Vaterlandspartei hat heute 4 Millionen Mitglieder, auf die Mehrheitsparteien des Reichstags sind seinerzeit höchstens 2 Millionen entfallen, von denen aber heute schon sehr viel zu Tirpitz übergegangen sind."

Von den drei Mehrheitsparteien hat allein die Sozialdemokratie 1912 rund 4¼ Millionen Stimmen erhalten! Wenn das alldeutsche Organ allen dreien zusammen „höchstens zwei Millionen" zuspricht, so kann man aus der Dreistigkeit dieser Unwahrheit schließen, was die Behauptung von den vier Millionen Mitgliedern der Vaterlandspartei auf sich hat. Im Dividieren wie im Multiplizieren scheinen diese österreichischen Alldeutschen gleich Bedeutendes zu leisten.

Der Gesetzentwurf gegen den Schleichhandel.

Berlin, 6. Febr. Der Bundesrat plant, wie wir vor einiger Zeit bereits mitteilten, ein scharfes, besonders strafrechtliches Vorgehen gegen den Schleichhandel. Anhaltspunkte deuten darauf hin, daß der gewerbsmäßige Schleichhandel von mehreren hunderttausend Personen betrieben wird. Zu einem großen Teil sind es Kleinhändler, die sich in früheren Zeiten mit An- und Verkauf von Lebensmitteln befaßt haben, zu einem Teil Kleinkaufleute, die von früher her noch „Beziehungen" haben. Die Tätigkeit dieser Schleichhändler hat in dem jetzigen Umfange derart bedenkliche Folgen, daß dadurch das ganze Ernährungsprogramm der Regierung gestört werden kann. Halbamtlich wird mitgeteilt:

Schon früher haben die Preisprüfungsstellen versucht, gegen den gewerbsmäßigen Schleichhandel vorzugehen. Einen Erfolg hatten sie hierbei indessen nicht aufzuweisen. Nunmehr erhoffen die maßgebenden Stellen, daß die neuen Bestimmungen jeden Schleichhandel in Zukunft infolge der Höhe der Strafe völlig unterdrücken. Nach dem Gesetzentwurf sollen strafrechtlich verfolgt werden alle gewerbsmäßigen Schleichhändler, die vorsätzlich eine Gesetzesbestimmung verletzen. Als Strafe wird unter allen Umständen Gefängnis und daneben noch eine Geldstrafe bis zu 100 000 Mk. vorgeschrieben. Darüber hinaus kann die Einziehung der Ware, mit der die strafbare Handlung begangen ist, verfügt werden. Wird ein Schleichhändler zum dritten Mal wegen gewerbsmäßigen Schleichhandels zur Anzeige gebracht, so kann das Gericht nur noch auf Zuchthaus und daneben auf Geldstrafe und Einziehung der Ware erkennen. Darüber hinaus sind, wie verlautet, noch besondere Maßregeln in Aussicht genommen, die das Abfließen beschlagnahmter Ware in andere Kanäle in Zukunft völlig unterdrücken sollen. Hierüber werden der Oeffentlichkeit wohl in der nächsten Zeit Einzelheiten zugehen.

Aufrechterhaltung der Schlachtvieh- und Fleischpreise.

Berlin, 6. Febr. Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts v. Waldow hat dem fortschrittlichen Abgeordneten Dr. Blunck auf Anfrage die Auskunft erteilt, daß im Interesse der Stetigkeit der Erzeugung nicht die Absicht bestehe, an den zur Zeit bestehenden Schlachtvieh- und Fleischpreisen etwas zu ändern, falls nicht ganz besondere Umstände dies notwendig erscheinen lassen. Solche Umstände lägen gegenwärtig nicht vor.

Baden.

Abg. Kahn über die Lage der Tabakarbeiter.

Nachstehend geben wir die Rede unseres Gen. Abg. Kahn zur Begründung der sozialdem. Interpellation über die Lage der Tabakarbeiter in Ergänzung unseres gestrigen Landtagsberichts in etwas ausführlicherer Weise wieder. Abg. Kahn führte aus:

Nach Ansicht von Fachleuten, welche die ganze Situation auf dem Rohtabakmarkt beurteilen können, stehen bis in die Monate April und Mai noch weit größere Einschränkungen in Aussicht, die zur Folge haben, daß eine größere Anzahl Betriebe ganz geschlossen werden. Das sind sehr trübe Aussichten für die beteiligte Arbeiterschaft, namentlich wenn man berücksichtigt, daß hier eine Arbeiterschaft in Frage kommt, deren wirtschaftliche Verhältnisse die denkbar schlechtesten sind. Während die übrigen Bundesstaaten bei teilweiser Erwerbslosigkeit eine Unterstützung gewährten, machte Baden hierin eine unrühmliche Ausnahme. Die Verordnung des stellv. komm. Generals des 14. A.-K. vom April 1917, wonach die Arbeitszeit in den Zigarrenfabriken um ein Drittel gekürzt wurde, damit die Arbeiter zu Feldarbeiten verwendet werden können, hat in vielen Fällen eine teilweise Arbeitslosigkeit gebracht. Diese Verordnung, die später wieder aufgehoben wurde, war eine recht unglückliche. Die Gemeindebehörden haben die Unterstützungsgesuche kurzerhand abgelehnt, und die Bezirksämter, die in dieser Sache um Entscheidung angerufen wurden, handelten nicht viel besser. Der Redner brachte dann im folgenden einige Einzelfälle aus dem Bezirk Heidelberg zur Sprache und beschäftigte sich im folgenden mit den Löhnen der Tabakarbeiter, welche wahre Hungerlöhne seien. Seit 1909 habe sich die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter zusehends verschlechtert. Mit Rücksicht auf den tatsächlichen Notstand sollte man in dieser harten und schweren Zeit den Arbeitern mehr Entgegenkommen zeigen. Der Redner wies darauf hin, wie die seitherige Praxis in Baden bei Behandlung geschädigter resp. arbeitslos gewordener Tabakarbeiter vollständig versagt habe, und daß es Pflicht der Regierung sei, Maßnahmen zu treffen, um eine größere Not zu verhüten. Die Gemeinden müssen den Unterstützungsgesuchen eine andere Behandlung zuteil werden lassen, als das bisher geschieht. Am zweckmäßigsten wäre es allerdings, wenn das Reich die ganzen Unterstützungssätze übernehmen würde. Der Redner bat die Regierung in diesem Sinn beim Bundesrat vorstellig zu werden. Wenn man den arbeitslosen Tabakarbeitern und Arbeiterinnen Arbeitsgelegenheit gebe, so müsse man gewisse Rücksichten nehmen. Diese Frage lasse sich nicht nach Schema F erledigen. Es sei eine bekannte Tatsache, daß die Gesundheitsverhältnisse der in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiterschaft die denkbar schlechtesten seien und darauf müsse man Rücksicht nehmen. Die käme vor allem auch den Frauen zu, insbesondere, wenn man noch zu Hause eine Anzahl kleine Kinder zu verpflegen hat. Wie man es nicht machen solle, zeige ein Fall aus Hockenheim, der von dem Redner vorgetragen wurde. Zum Schluß seiner Darlegungen wünschte Abg. Kahn, daß bei Prüfungen und Entscheidungen der Behörden die Organisationsvertreter der Beteiligten gehört werden und er bat die Regierung, in weitgehendstem Maße den Tabakarbeitern und -Arbeiterinnen entgegen zu kommen. (Beifall bei den Soz.)

Oberkirch, 6. Febr. Der Bürgerausschuß bewilligte den städt. Beamten und Angestellten Teuerungszulagen und zwar bei einem Einkommen von 1800 Mk. in Höhe von 35 Prozent, bis 3000 Mk. 20 Prozent, bis 4000 Mk. 15 Prozent und über 4000 Mk. von 10 Prozent. Die verheirateten Bamten erhalten außerdem Familienzulagen und zwar die Ehefrau 6 Prozent und jedes Kind 4 Proz.

Windschläg, 5. Febr. Gestern abend in der Dunkelheit rannte der 16jährige Sohn des Gemeinderats Franz Eggs auf die Deichsel des im Nachbarhof stehenden Wagens auf und verletzte sich so schwer, daß er heute nachmittag unerwartet schnell starb. Den Eltern wird allgemeine Teilnahme zugewendet.

Zell a. H., 5. Febr. In einer der letzten Nächte wurde vom Gartenhag weg an der Entersbacher Straße ziemlich viel gute Bettwäsche gestohlen; der oder die Diebe ließen die ältere Wäsche hängen. In der folgenden Nacht wurden aus einem Hause in der Nähe sechs Laib Brot und ein gefüllter Buttertopf gestohlen. In Unterharmersbach wurde in der Nacht vom Samstag auf Sonntag ein noch guter Anzug gestohlen, der nach Reinigung an einem Gartenhag zum Trocknen aufgehängt war.

Mannheim, 7. Febr. Nach dem städt. Voranschlag wird für das Jahr 1918 die gleiche Umlage wie im Vorjahr, nämlich 37 Pfg., zur Erhebung kommen. Aus dem Voranschlag geht hervor, daß sich die städtischen Werke im allgemeinen günstig entwickelt haben. Es wird aber betont, daß, wenn die Kohlenpreise weiter steigen, eine weitere Erhöhung des Gaspreises ins Auge gefaßt werden muß. Die günstige Entwicklung der Steuerwerte trägt in der Hauptsache dazu bei bei, daß von einer Umlageerhöhung abgesehen werden kann.

Heidelberg, 7. Febr. Eine 17 Jahre alte Fabrikarbeiterin hat sich in der Küche der elterlichen Wohnung in einem Hause der Bergheimerstraße durch Leuchtgas vergiftet.

Bühl, 7. Febr. Letzter Tage wurde an der Bahn eine Sendung mit 12 Zentner Bohnen, die nach Frankfurt gehen sollten angehalten und beschlagnahmt.

Bühl, 6. Febr. Am Mittwoch verunglückte auf dem hiesigen Bahnhofe Rangierer Otto Jägel aus Rittersbach. Seine Verletzungen waren so schwer, daß er nach wenigen Stunden starb.

Kehl, 7. Febr. Ein Schuhmachermeister und seine Tochter machten in der Umgegend eine Hamsterfahrt. Sie tauschten sich dabei für 3 Paar selbstgemachte Zeugschlappen, zwei Rollen Zwirn und eine abgelegte Mütze 2 Kaninchen, 16 Eier, 2 Pfund Speck und 4 Pfund Butter ein.

Staufen, 6. Febr. Als vermutlicher Urheber der wiederholten Brände in Biengen hat man einen 17 Jahre alten Burschen von hier in Haft genommen.

Der immer größer werdende Mangel an Soda hat dazu gezwungen, die an eine Person in einem Monat abzugebende Menge Seifenpulver von 250 Gramm auf 125 Gramm herabzusetzen.

Höchstpreise für Gurken. Da sich im Handel übermäßig hohe Preise für saure Gurken und Salzgurken bemerkbar machen, sind von der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Kriegsernährungsamtes in Verbindung mit der Reichsstelle für Gemüse und Obst Richtpreise für diese Ware festgesetzt worden. Als angemessene Einstandspreise für Rohgurken sind anzunehmen: Sorte 1 und 2 5—10 Schock auf eine Heringstonne 4 Mk. und Sorte 3 14 Schock auf eine Heringstonne 1,80 Mk. Als angemessener Einlegelohn einschließlich Unternehmergewinn sind festgesetzt: Sorte 1 und 2 3,30 Mk. für das Schock und Sorte 3 2,15 Mk. für das Schock. Ferner darf der Einleger für Ausfall an Rohware und eingelegter Ware einen Zuschlag bis zu insgesamt 10 v. H. der Selbstkosten berechnen. Auf die Einlegerverkaufspreise darf der Großhandel einen Zuschlag von 15 v. H. berechnen, ferner pro Tonne 15 Pf für Fakadnutzung. Der Kleinhändler darf auf seinen Einstandspreis folgende Zuschläge nehmen: Sorte 1 und 2 2,65 Mk. und Sorte 3 1,65 Mk. Der Verkaufspreis im Kleinhandel beträgt bei Sorte 1 und 2 für 1 Stück 20 Pf. und bei Sorte 3 für ein Stück 11 Pf.

Die neuen Reichsreisebrotmarken sind jetzt herausgekommen. Jeder Bogen enthält 10 Stück Brotmarken zu 500 Gramm oder zu 50 Gramm. Die Marken zu 500 Gramm unterscheiden sich von denen zu 50 Gramm durch einen Wertpapier-Unterdruck. Neben den neuen Reichsreiserbotmarken behalten die alten ihre Gültigkeit noch bis zum 15. März.

Die Fliegerangriffe auf süddeutsche Städte. Kürzlich hatten die Vertreter süddeutscher Städte eine längere Beratung mit dem Kommandeur der Luftstreitkräfte wegen des Schutzes der deutschen Städte vor feindlichen Luftangriffen. Dabei wurde von den Städtevertretern zum Ausdruck gebracht, daß die deutschen Städte, die von unseren Feinden ohne Rücksicht auf ihre militärische Bedeutungslosigkeit angegriffen werden, am besten geschützt werden könnten durch energische Gegenmaßnahmen, wie sie schon im Jahre 1915 offiziell vom Karlsruher Stadtrat gefordert wurden.

Aus der Partei.

Der „Vorwärts" unter der Anklage des versuchten Landesverrats.

Der verantwortliche Redakteur des „Vorwärts", Genosse Erich Kuttner, ist wegen versuchten Landesverrats unter Anklage gestellt worden. Der Landesverrat soll versucht worden sein in dem Leitartikel der Nummer vom 29. Januar „Die Forderungen der Arbeiter". Wie eilig es die Justiz heute hat, möge der Umstand beweisen, daß der Angeklagte am Dienstag von der Erhebung der Anklage durch die Vorladung zu dem Termin Kenntnis erhalten hat. Die Verhandlung war kurz. Die Sache verfiel der Vertagung. Dem Gericht hatte sich Genosse Stampfer als Verfasser gemeldet. Das hat wohl die Grundlagen der Anklage geändert. Die Verhandlung wurde auf nächsten Mittwoch vertagt.

---

10. Bad. Reichstagswahlkreis Karlsruhe—Bruchsal. Wir weisen wiederholt auf die am kommenden Sonntag, 10. Febr., nachmittags 3 Uhr, in Karlsruhe in der Gewerkschafts-Zentrale stattfindende Vorständekonferenz hin und erwarten einen vollzähligen Besuch.

Der Kreisvorstand.

Mörsch, 7. Febr. Der sozialdemokratische Verein ladet seine sämtlichen Mitglieder und Volksfreundleser auf nächsten Sonntag nachmittag 3 Uhr zu einer wichtigen Besprechung im „Löwen" ein, worauf auch an dieser Stelle hingewiesen wird.

Neues Parteiblatt in Düsseldorf. Da die Düsseldorfer „Volkszeitung" in das Lager der „Unabhängigen" übergegangen ist, war die Sozialdemokratische Partei in Düsseldorf ohne eigenes Organ. Jetzt haben sich nun die Düsseldorfer Genossen unter dem Titel „Düsseldorfer Freie Presse", Wochenblatt der Sozialdemokratie im Wahlkreise Düsseldorf, ein neues Organ geschaffen, dessen erste Nummer am Februar erschienen ist und das vorläufig, durch die Kriegsverhältnisse bedingt, allwöchentlich herausgegeben wird. Redaktion und Expedition befinden sich in Düsseldorf, Flingerstraße Nr. 11/17, 2. (Volkshaus).

Vorwärts auf allen Wegen! 600 neue Abonnenten und eine sprunghafte Steigerung des Straßenverkaufs von 4000 auf 10 000 Exemplare brachte die letzte Woche der „Arbeiterzeitung" in Essen. Jede weitere Steigerung bedingt Verringerung des Zeitungsumfangs, da das Papier kontingentiert, die Erhöhung der Leserzahl nicht berücksichtigt. Auch die Parteiorganisation hat ständig neue Aufnahmen zu verzeichnen.

Die Finanzpolitik der Regierung.

Zweite Kammer. — 22. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 7. Februar.

Präsident **Kopf** eröffnet kurz nach 9 Uhr die Sitzung. Die Beratung über den

Voranschlag des Finanzministeriums

wird fortgesetzt.

Finanzminister Dr. **Rheinboldt** führte in Erwiderung auf Wünsche und Anregungen aus den beiden letzten Sitzungen ungefähr folgendes aus: Ich danke für die anerkennenden Worte, die der hingebenden Arbeit unserer Beamten und Staatsarbeiter gewidmet worden sind. Diese Anerkennung ist in der Tat berechtigt. Daß es in den einzelnen Zweigen meiner Verwaltung überhaupt möglich gewesen, die stark angewachsene Arbeit zu bewältigen, ist der Opferwilligkeit und dem Pflichtgefühl unserer Beamten zu danken. In einzelnen Zweigen hat der Krieg große Mehrarbeit gebracht. Ich erinnere nur an die Steuerveranlagungsgeschäfte, an unsere Zentralkasse, an die Münze und anderes. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß unser Personal sehr stark zusammengeschmolzen ist. Wir haben infolge des Krieges 1303 Beamte abgeben müssen. Was die Mehrarbeit anbetrifft, so erwähne ich nur, daß bei der Zoll- und Steuerdirektion 1803 Kriegssteuerbeschwerden eingegangen sind, die einer gründlichen Arbeit unterworfen werden mußten. Davon wurden 369 abgewiesen und die große Mehrzahl, weit über 1000, sind als begründet oder teilweise begründet anerkannt worden. Bis auf 225 Fälle sind diese Beschwerden alle aufgearbeitet. Wenn ich nun den im Dienste des Finanzministeriums stehenden Beamten gedachte, so muß ich auch derer gedenken, die das Amtszimmer verlassen haben und unter der Fahne stehen. Eine große Zahl dieser Beamten hat nun nicht nur ihre Arbeit hingegeben, sie hat auch Leben und Gesundheit geopfert. 140 Beamte haben wir im Kriege verloren. Wir werden ihr Andenken dauernd in Ehren behalten.

Ich möchte mich jetzt dem

Reichsfinanzwesen

zuwenden. Es ist wiederholt der Wunsch ausgesprochen worden, es möchten Mitteilungen gemacht werden, über die Absichten der Reichsleitung hinsichtlich der künftigen Steuern. Dabei kommt es vor allem darauf an, die Bedarfsmöglichkeiten vorzubereiten und festzustellen. Das ist in der gründlichsten Weise geschehen. Die Finanzminister der Bundesstaaten waren zweimal in Berlin versammelt. Aber jetzt ist es unmöglich, ein fest geschlossenes Programm aufzustellen. Wir wissen ja noch nicht, wie weit wir unsere Deckungsvorschläge ausdehnen müssen, weil der Bedarf noch nicht feststeht, jeder Tag erhöht den unmittelbaren Kriegsbedarf um 130 Millionen, — und weil wir nicht wissen, wieviel wir von den Lasten zu tragen haben und wieviel wir denen aufbürden dürfen, die diesen unheilvollen Krieg über die Welt gebracht haben. Es ist aber unmöglich, in den einzelnen Landtagen diese Deckungsfragen zur Debatte zu stellen, da sich nur der Bundesrat oder der Reichstag damit zu beschäftigen hat. Es ist dann auch in der Debatte von dem Finanzbeirat gesprochen und an seiner Zusammensetzung Kritik geübt worden. Ich kann dazu sagen, daß diesem Finanzbeirat die besten Köpfe angehören. Der Finanzbeirat ist überdies vom Reichsschatzamt eingesetzt worden. Der Herr Abg. Köhler hat nun gemeint, daß in diesem Beirat nur Interessenten berufen worden sind. Dem muß ich widersprechen. Dem Finanzbeirat gehören auch Mitglieder aus dem Mittelstand und aus dem Arbeiterstand an, und wenn man für so große wichtige Finanzfragen, deren Lösung uns bevorsteht, Sachverständige aus Bankkreisen hinzuzieht, so kann man doch nicht sagen, daß es sich hier lediglich um Interessenten handelt. Ein großer Teil der Herren, die in den Finanzbeirat berufen worden sind, sind Fachleute, die seit langem sich in gründlicher Weise mit Steuerangelegenheiten befaßt haben. Was ich an dem Finanzbeirat auszusetzen habe, ist, daß darin kein Badener aufgenommen wurde. Ich werde in dieser Hinsicht die nötigen Schritte tun.

Ob der Reichstag sich schon bei seinem nächsten Zusammentritt mit den neuen Steuervorschlägen beschäftigen wird, ist recht fraglich. Ich habe schon einmal betont und wiederhole es heute, daß die

Frage der direkten Steuern

für uns eine ernste Lebensfrage ist. Der Grundsatz der direkten Steuern dem Bundesstaat und die indirekten Steuern dem Reich, ist nicht mehr in seinem vollen Umfang durchzuführen. Er besteht ja auch schon längst nicht mehr. Talonsteuer, Erbschaftssteuer, Wehrbeitrag, Kriegssteuer, Warenumsatzsteuer: das ist ein recht schönes und ein recht schweres Bukett direkter Steuern, das sich das Reich zusammengepflückt hat. Es wird dabei nicht bleiben. Aber gegen die Wegnahme der dauernden Vermögens- und Einkommensteuer durch das Reich müssen wir uns mit aller Macht wehren. Ich halte das als meine ernste Pflicht und wenn ich dieser Pflicht nicht mehr gerecht werden würde, dann könnte ich auch nicht mehr an dieser Stelle vor Ihnen stehen. Die Herren Köhler und Wittemann kann ich versichern, daß all die einzelnen Vorschläge, die sie für die Reichssteuerreform vorgebracht haben, in Berlin schon längst Beachtung fanden. Daß wir für die schärfste Heranziehung und für die vollständige

Erfassung der Kriegsgewinnsteuer

eintreten, habe ich schon einmal erklärt. Die von dem Herrn Abg. Wittemann verlangte Registrierung der Vermögen wird bei uns alljährlich durchgeführt. Diese Arbeit ist eine sehr gründliche. Auch was die Sicherungen anbelangt, um zu verhüten, daß deutsches Vermögen im Ausland deponiert wird, um zu verhüten, daß es der Steuer entzogen wird, so sind strenge gesetzliche Bestimmungen getroffen, die der Finanzminister im folgenden anführt. Es ist besonders bestimmt, daß wenn ein Pflichtiger oder sein Vertreter versucht, vom Inland ins Ausland Vermögenswerte zu schaffen, er mit Gefängnis und Geldstrafe belegt werden kann. Den von dem Herrn Abg Schell gemachten Vorschlag, man möchte den Zwang der Offenlegung der Bankbücher einführen, kann ich nicht unterstützen. Ich glaube, man würde damit gerade das Gegenteil erreichen und würde das Vertrauen zu unseren Banken schädigen. Man würde die Geldbesitzer veranlassen, ihr Vermögen auf ausländischen Banken zu deponieren. Mit Recht ist darauf hingewiesen worden, daß die Bewilligun von 18 Millionen Teuerungszulagen uns zur Sparsamkeit mahnen müsse. Den Ernst der Lage dürfen wir uns nicht verhehlen und ich bitte Sie dringend, mich in der Absicht, sparsam zu wirtschaften, unterstützen zu wollen. Die Zukunft wird eine recht schwere sein. Aber wir wollen den Mut nicht sinken lassen. Wenn wir zu einem baldigen Frieden kommen und wenn unsere Einnahmen in der gleichen Höhe wie bisher bleiben, dann glaube ich, daß wir den Krieg ohne allzu ernsten Schlag in unser Finanzwesen überwinden. Richtig und Bedingung ist dabei allerdings, was der Herr Abg. Odenwald gesagt hat, daß wir wieder wirtschaftlich hoch kommen müssen und unsere Grenzen öffnen und uns am Handel beteiligen müssen. Mein Bestreben geht dahin, zu erreichen, daß wir nach dem Kriege noch so viel finanzielle Kraft haben, als wir zum Wiederaufbau gebrauchen. Die großen Bewilligungen für unsere Beamten und Arbeiter, sowie für die Lehrer haben unserem Finanzgebäude einen starken Stoß versetzt. Aber meine Zuversicht könnte nicht erschüttert werden. Allerglaube, daß auf dem Gebiet der indirekten Steuern nicht mehr kommen darf.

Recht befriedigend ist es für uns, daß unsere direkten Steuern sich während der Kriegszeit außerordentlich günstig entwickelt haben. Nach einer Aufstellung ergibt sich, daß die direkten Steuern (Vermögens- und Einkommensteuern) gegenüber dem Jahre 1913 um rund 28 Millionen Mark zugenommen haben, nach Abzug aller Abgänge und Rückzahlungen. Dagegen sind die indirekten Steuern zurückgegangen und zwar im Vergleich zu 1913 um 9 Millionen Mark. Der Rückgang macht sich vor allem stark bemerkbar bei der Biersteuer und bei den Justiz- und Polizeigefällen. Eine sehr starke Verschiebung ist in den Besitzverhältnissen während des Krieges eingetreten. Ein Vergleich der Jahre 1914 und 1917 ergibt, daß die Einkommen von 900 Mk. bis 20 000 Mk. abgenommen haben, und zwar sind sie von 60,3 Prozent auf 46,1 Prozent zurückgegangen. Die Einkommen von 20 000 bis 50 000 Mark sind sich fast gleich geblieben; sie betrugen im Jahre 1914 10,7 Prozent und im Jahre 1917 10,6 Prozent. Dagegen sind die Einkommen über 50 000 Mk., die sogen. Millionärseinkommen, von 29 Prozent auf 43,3 Prozent gestiegen. Es ist dabei noch zu berücksichtigen, daß die Zahl der Steuerpflichtigen zurückgegangen ist. Sie betrug im Jahre 1914 475 426 und im Jahre 1917 357 777.

Wenn wir unsere Finanzlage betrachten, müssen wir uns auch vergegenwärtigen, daß noch andere Einnahmen zurückgegangen sind. Aus der preuß. südd. Klassenlotterie bezogen wir bisher eine Pauschale von 690 000 Mk. Der Vertrag ist jetzt abgelaufen und wir sind lediglich auf den Losabsatz angewiesen, der gering ist, denn er beträgt nur 200 000 Mk. Der Einnahmerückgang beträgt somit eine halbe Million. Weiter sind zurückgegangen die Einnahmen aus den Wirtschaftszinsen der Amortisationskasse. Der Ausfall beziffert sich hier auf 1¼ Mill. Mk. Demgegenüber haben wir mit dauernden Mehrausgaben zu rechnen. Das wird uns veranlassen, mit einem Ausbau der direkten Steuern zu rechnen. Daß das

neue Steuergesetz

die sozialen Gesichtspunkte nicht außer acht lassen darf, ist selbstverständlich. Wir werden aber doch immer in erster Linie zu berücksichtigen haben, daß neue Einnahmen geschaffen werden müssen. Das neue Steuergesetz dürfte wohl dem nächsten Landtag

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

zugehen. Notwendig wird sein ein Ausbau des Kinderparagraphen. Was die Ledigensteuer anbelangt, so ist es wohl möglich, daß sie ihren Platz in dem neuen Gesetz finden wird. Wir werden auch zu prüfen haben, ob das Veranlagungsverfahren nicht zweckmäßiger gestaltet werden kann. Daß unser Veranlagungsapparat Tüchtiges leistet, ist nicht zu bezweifeln. Selbstverständlich stehe auch ich auf dem Standpunkt, daß bei Steuerhinterziehungen scharfe Strafen eintreten. Die Gnadengesuche werden auf das sorgfältigste geprüft.

Die von dem Herrn Abg. Wittemann gemachten Steuervorschläge können bei mir keine allzu großen Hoffnungen erwecken. Die Lustbarkeitssteuer ist bereits den Städten überlassen. Auf die Versicherungen hat das Reich die Hand gelegt. Auch die Reklamesteuer ist schon einmal vom Reich in Betracht gezogen worden. Ich glaube, daß auf dem Gebiet der indirekten Steuern nicht mehr allzu viel zur Verfügung stehen wird.

Der Minister ging dann auf eine Reihe Einzelfragen ein. Er äußerte sich zunächst zu dem Vorschlag des Abg. Rebmann, aus dem Waldbesitz neues Ackerland zu gewinnen. Er führt aus: Ich muß zugeben, daß die Frage durch den Krieg große Bedeutung gewonnen hat und wir werden ihr künftig mehr Aufmerksamkeit als bisher schenken müssen. Die Domänendirektion hat auf meine Veranlassung ein Gutachten erstattet. Ich kann daraus mitteilen, daß man in den letzten Jahren bei den Aufforstungen von Gelände im südlichen Schwarzwald vielfach zu weit gegangen ist. Wir werden diese Frage heute von ganz anderen Gesichtspunkten aus betrachten müssen. Man darf dabei allerdings nicht außer Acht lassen, daß der Wert des Waldes auch im Kriege erst in vollem Umfang hervorgetreten ist. Unseren Bodenschätzen werden wir die größte Aufmerksamkeit zuwenden. Zu den Vorschlägen des Forstrats König in Heidelberg möchte ich sagen, daß ich eine Aenderung des Oberförstersystems nicht empfehlen kann. Auch von der Aufhebung sämtlicher Domänenämter kann keine Rede sein. Die Frage müssen wir uns für eine ruhiger Zeit vorbehalten. Der Ertrag der Brauerei Rothaus hält sich in den gleichen Bahnen wie in früheren Jahren. Für die Arbeiter der Brauerei Rothaus geschieht das möglichste. Zu seinen weiteren Ausführungen besprach der Minister die Salzförderung. Er teilte dabei mit, daß im Januar dieses Jahres die Salzförderung eine ungewöhnlich große gewesen ist. Während sie z. B. im Januar 1916 490 Tonnen, im Januar 1917 325 Tonnen betrug, wurden im Januar 1918 1510 Tonnen erzielt. Die Wünsche über die Restaurierung des Konstanzer Münsters werde ich wohlwollend im Gedächtnis behalten. Ich habe bereits die Bildung einer Münsterbaukommission angeregt und würde es begrüßen, wenn der Münsterbauverein, der früher bestand, wieder zum Leben erweckt werden würde. Die Wünsche bezüglich der Belohnung der Veranlagungsbeamten sollen erfüllt werden und auch die Erhebungsbeamten werden Belohnungen erhalten. Verschiedene Fragen, die hier behandelt worden sind, spielen in den Gehaltstarif hinein, der wohl dem nächsten Landtag in neuer Form vorgelegt werden wird. Die Beihilfen für die zuruhegesetzten Beamten und Hinterbliebenen werden wohl nicht ausreichen. Schließlich äußerte der Minister sich noch über die neue Betreibungsordnung und sagte dazu, daß eine Aenderung der Mahnordnung notwendig geworden sei, weil die Nachlässigkeit in der Steuerzahlung einen ganz enormen Umfang angenommen und die Finanzen geschädigt habe.

Domänendirektor **Träger** äußert sich zur Heizung und Beleuchtung der Pfarrhäuser und Kirchen und bemerkt dazu, daß dazu das Domänenärar nicht verpflichtet sei. — Abg. **Schell** (Ztr.) verlangt eine bessere und gleichmäßigere Belieferung mit Bauholz. Unstimmigkeiten, die sich vermeiden lassen, müssen vermieden werden, denn sie erschweren die Werbearbeit für die Kriegsanleihe. — Abg. **Köhler** (Zentr.) bemängelte, daß Baden im Finanzbeirat nicht vertreten ist, während z. B. Bayern fünf Vertreter dahin entsandt hat. Redner wünscht, daß bei Fragen der Heizung der Pfarrhäuser und Kirchen der Standpunkt der Billigkeit nachdrücklich vertreten werde. — Abg. **Schön** (natl.) verbreitet sich eingehend über die Holzlieferungen an die Heeresverwaltung. Es habe den Anschein, als ob Baden in dieser Hinsicht eine andere Behandlung zuteil werde als anderen Bundesstaaten. Im Schwarzwald habe sich ein Waldbesitzerverband gebildet, um die Wünsche der Waldbesitzer nachdrücklich zu vertreten. Die Beschlagnahme von Holz durch das stellv. Generalkommando sei in Baden anders gehandhabt worden, als in den übrigen Bundesstaaten. In Preußen finden z. B. immer noch Holzversteigerungen statt.

Geh. Rat **Gretsch** bemerkt dazu, daß es nicht richtig sei, daß Baden schlechter behandelt werde. — Nach kurzen Ausführungen der Abgg. **Scheil** (Zentr.) und **Spang** (Zentr.) wird der Voranschlag des Finanzministeriums einstimmig angenommen. Der Antrag der Abgg. Seubert und Gen. betr. das Brennen der Roßkartoffeln wird mit 20 gegen 21 Stimmen abgelehnt.

Es folgt die Beratung des Antrags der Abgg. **Neck** (natl.) und Gen. betr. die

Erhöhung der Gebühren der Gemeindebeamten.

Namens der Kommission für Justiz und Verwaltung berichtet darüber Abg. **Schirmeister** (Zentr.). Der Berichterstatter teilt mit, daß der Antrag der Justizkommission mit 7 gegen 7 Stimmen abgelehnt und mit der Stimme des Vorsitzenden beschlossen worden sei, den Antrag der Regierung als Material zu überweisen.

Abg. **Neck** (natl.) weist in der Begründung seines Antrages darauf hin, daß die betr. Verordnung über die Gemeinde-Gebühren-Ordnung schon mehrfach geändert worden sei. Die Sätze sind sich aber immer gleich geblieben seit 1874. Sie entsprechen dem heutigen Geldwert nicht mehr. Die durch den Krieg hervorgerufene Teuerung und die Vermehrung der Zahl der auswärtigen Geschäfte machen eine Erhöhung der Gebührensätze notwendig. Das Ministerium des Innern hat die Sache den Gemeinden selbst überlassen, man hat aber die Erfahrung gemacht, daß die Bürgerausschüsse die Anträge auf Erhöhung ablehnen. Wir bitten den Antrag der Kommission abzulehnen und unseren Antrag anzunehmen. — Abg. **Martin** (Zentr.) spricht sich für den Antrag Neck aus, ebenso Abg. **Wittemann** (Zentr.), der den Antrag mitunterzeichnet hat, und Abg. **Engelhardt** (Zentr.). — Abg. **Marum** (Soz.) befürwortet, den Gemeindebeamten nicht die einzelnen Dienstleistungen zu bezahlen, sondern ihnen eine feste Besoldung zukommen zu lassen — Nachdem Abg. **Schöpfle** (R. Vgg.) sich gleichfalls für den vorliegenden Antrag ausgesprochen hat, betont

Staatsminister Frhr. **v. Bodman**, daß er vollständig einverstanden sei mit der Anerkennung, die von verschiedenen Seiten den Gemeindebeamten für ihre Arbeit ausgesprochen worden ist. Eine andere Frage ist es jedoch, ob im Wege einer Vorschrift den Gemeinden die Auflage gemacht werden soll, für auswärtige Geschäfte höhere Gebühren zu zahlen. Ich möchte übrigens darauf hinweisen, daß zuletzt im Jahre 1914 eine Neufestsetzung der Tagegelder erfolgt ist. Zugegeben ist, daß die Gebühren und Tagegelder den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprechen; aber wir müssen doch damit rechnen, daß die heutigen Verhältnisse nur vorübergehender Natur sind und daß nach dem Kriege die Teuerung wieder nachläßt. Wenn wir heute die Gebühren den jetzigen Zeitverhältnissen entsprechend erhöhen, wären wir schließlich zu einer späteren Zeit genötigt, sie wieder herabzusetzen, und das würde Verstimmung hervorrufen. Ich bin ebenfalls der Meinung, daß der vorliegende Antrag der Regierung als Material überwiesen werden soll. Die Regierung wird auf jeden Fall die Sache im Auge behalten.

Präsident **Kopf** teilt mit, daß ein Antrag eingegangen sei, unterzeichnet von den Abgg. **Neck** (natl.), **Martin** (Zentr.), **Engelhardt** (Zentr.), dahingehend, den vorliegenden Antrag annehmen zu wollen. Nach kurzen Ausführungen des Abg. **Hertle** (R. Vgg.) wurde der Antrag Neck mit großer Mehrheit angenommen. Der Kommissionsantrag, den vorliegenden Antrag der Regierung als Material zu überweisen, war damit erledigt.

Präsident **Kopf** schließt um ¾1 Uhr die Sitzung. — Nächste Sitzung Freitag vormittag 9 Uhr. Auf der Tagesordnung steht eine kurze Anfrage über die Einführung der ungeteilten Arbeitszeit, ferner die Beratung der Anträge über die Untersuchung der Kriegsdienstpflichtigen, über die Kleidung der deutschen Gefangenen im Ausland und über die Geschäftsführung der Kommunalverbände, ferner der Gesetzentwurf über die Ergänzung des Polizeistrafgesetzbuches.

*

Die Kommission für Ernährungsfragen

befaßte sich gestern mit dem Antrag der Abgg. Weißhaupt (Zentr.) über die Preisregelung für Heulieferung. Der Preis soll von sechs auf acht (bei Kleeheu neun) Mark erhöht werden, und zwar für Heu, das an die Kommunalverbände und an das Heer geliefert wird. Der Antrag wurde in der Kommission einstimmig angenommen.

Aus der Budgetkommission der Zweiten Kammer.

In der Budgetkommission gab gestern der Berichterstatter für den Voranschlag des Ministeriums des Innern Auskünfte über die Gewerbeinspektion, aus denen hervorging, daß die Löhne in Mannheim und Karlsruhe erheblich gestiegen sind, insbesondere in der Metallindustrie, daß dagegen im Oberland die Lohnerhöhungen stark im Rückstand blieben. In manchen Betrieben werden noch Stundenlöhne von 25 und 30 Pf. bezahlt. Die Tätigkeit der Fabrikinspektion war durch die kriegswirtschaftliche Tätigkeit, insbesondere durch die Kontrolle der Mühlen, beeinflußt. Ueber die Fabrikpflegerinnen sind durchschnittlich nur gute Urteile gefällt worden. Aus der Mitte der Kommission wurde auf die schlechten Löhne in der Seidenindustrie hingewiesen, die in einem schreienden Mißverhältnis zu den Preisen für Stoffe stehen. Die Gewerbeinspektion erklärt dazu, daß es sich hier zumeist um nicht vollbeschäftigte Arbeiterinnen oder um Abschlagszahlungen von Akkordlöhnen handle. Dort wo in der Tat schlechte Löhne gezahlt werden, habe die Gewerbeinspektion energisch eingewirkt. Die Frage der Entschädigung der Tabakarbeiter werde demnächst eingehend behandelt werden. Zum Titel Bezirksverwaltung wurde aus der Mitte der Kommission der Wunsch nach besserem Fliegerschutz vorgebracht.

Aus der Stadt.

* **Karlsruhe**, 8. Februar.

Weitere Erhöhung der Kohlenpreise ab 1. April.

* Aus dem Ruhrrevier wird der „Frankf. Ztg." geschrieben:

„Es trifft zu, daß sich die Zechen erneut an den Handelsminister wegen Erhöhung der Richtpreise ab 1. April 1918 gewandt haben. Zur Begründung wird geltend gemacht, daß die weitere Erhöhung der Selbstkosten die letzte ab 1. Oktober eingetretene Preissteigerung längst wieder aufgezehrt habe. Eine weitere Lohnaufbesserung werde nicht zu umgehen sein. Hinzu komme, daß die Lage des Ruhrkohlenbergbaues keineswegs so günstig sei, wie vielfach angenommen werde; die letzten Monate mit dem empfindlichen Wagenmangel hätten recht nachteilig gewirkt. Die Lagermengen, welche zinslos dalägen, seien bedeutend gestiegen und die Absatzschwierigkeiten seien zwar etwas gemildert, beständen aber noch in einem Umfange fort, der die Selbstkosten ungünstig beeinflusse. Es verlautet in Zechenkreisen, daß beim Minister eine grundsätzliche Geneigtheit zu einer Erhöhung ab 1. April vorhanden sei, daß aber zwischen dem, was die Mehrzahl der Zechen fordert und dem vom Minister als angemessen betrachteten Aufschlag noch eine beträchtliche Spannung vorhanden sei".

Dazu bemerkt die „Frankf. Ztg.": Es unterliegt keinem Zweifel, daß eine weitere Erhöhung der Kohlenpreise durch das Syndikat eine neue unerfreuliche Belastung der Verbraucherkreise bedeuten wird; es bedarf also genauer Prüfung der Berechtigung der erhobenen Zechenforderung. Die Ergebnisse der Kohlengesellschaften und die festen Kurse für Aktien und Kurse sprechen eigentlich nicht für die unbedingte Notwendigkeit einer derartigen Maßnahme.

Die „grundsätzliche Geneigtheit" des Herrn Ministers zu einer weiteren Erhöhung der Kohlenpreise ist nicht überraschend, da die verantwortlichen Stellen gegenüber den Wünschen der Kapitalisten und Unternehmer bis jetzt immer „grundsätzliche Geneigtheit" bekundeten. Die grundsätzliche Geneigtheit zum Schutze der Verbraucher ist bedeutend seltener. Was wird die Folge sein? Die staatlichen und städtischen Betriebe müssen weitere hohe Aufwendungen machen, die wieder auf die Allgemeinheit umgelegt werden. Die Privatindustrie wird ihrerseits die weitere Erhöhung der Kohlenpreise zu einer weiteren Erhöhung ihrer Verkaufspreise benutzen. Die Haushaltungen müssen ihr Heizmaterial künftig noch teuerer bezahlen: 2,80 Mk. für den Zentner reicht nicht. Die Kohlenbarone verdienen immer noch nicht genug. Die weitere Folge wird sein, daß die Preisschraube für alle Bedarfsgegenstände noch weiter angezogen wird, sodaß die kleinen Leute, Arbeiter und Beamte trotz Teuerungs- und Kriegszulagen so weit sind wie vorher. Ein Sturm der Entrüstung sollte solchem Auswucherungssystem ein Ende bereiten.

* **Eine vaterländische Volksfeier** wird am Sonntag, den 10. Februar, abends um ½8 Uhr, im Evangelischen Gemeindehause der Südstadt stattfinden. Stadtverordneter Rückert hat sich zu einem Vortrag über seine Erlebnisse an der Westfront bereit erklärt. Der

Urlauber.

Das billigste Lasttier.

Eilig und ungeduldig schreitet der Herr Leutnant aus der Halle und überquert die Straße. — Der „Wuckel" — so nennt der Soldatenwitz die Offiziersdiener — hat Mühe, ihm zu folgen. Denn er trägt einen mächtigen Rucksack und darüber noch einen zweiten kleinen, der wahrscheinlich die eigenen Habseligkeiten birgt, dazu einen Offizierskoffer in der Hand, ein Fernglas und einen Kragen umgeschnallt. Der Mann geht gebückt unter seiner Last, keuchend und unbeholfen. Mit raschem Schritte eilt der Leutnant zur Straßenbahn. Aber die Schaffnerin schüttelt den Kopf: für soviel Gepäck ist kein Platz. Ein Augenblick des Zögerns, dann steigt der Offizier ein: „Kommen Sie mir halt nach, ich kann nicht warten." — „Jawohl", antwortet der Bursche aus seinem Wust von Paketen. Eine Weichenstellerin hat die kleine Szene beobachtet. Sie läuft zum nächsten Wagen und spricht mit der Schaffnerin. Die nickt, und beide Frauen helfen dem Soldaten den Wagen zu erklettern. Als alles untergebracht ist, sagt die Schaffnerin wohlgefällig: „Es muß halt eins dem andern helfen in so einer Zeit." Der Wuckel streckt sich behaglich. Mir fällt ein, von einem Tagesbefehl gehört zu haben, der äußerste Schonung der ärarischen Zugtiere forderte. Zur Beförderung der Lasten sei nach Möglichkeit die Mannschaft heranzuziehen. Der Befehl wird offenkundig stramm befolgt. Pferde und Maulesel sind kostbar.

* * *

Männer- und Weiberlager.

Jetzt ist, nach mehr als Jahresfrist, der Landstürmer wieder zu Hause. Scheu geht er herum, erstaunt und ein bißchen verlegen schaut er seine blondköpfigen Mädelchen an, die ihrerseits auch nicht mehr wissen, was sie mit dem „fremden" Vater anfangen sollen. Der Mann hat es verlernt, die peinliche Ordnung seines Hauswesens zu respektieren. Er putzte seine Stiefel nicht mehr vor der Tür und es kommt vor, daß er auf den Fußboden spucken will. Die Frau mit ihrem zwiaen Putzen und Reiben erscheint ihm lächerlich. Ihr wieder gefallen die derben Witze und starken Ausdrücke nicht, an die sich ihr Mann gewöhnt. Wie bei den Wilden Nordamerikas zerfällt ja jetzt Europa in ein Männer- und Weiberlager. Fremde Sitten, fremde Worte, fremde Gedanken bringt der Hausvater in sein eigenes Heim. Die Frau weint heimlich, der Mann kränkt sich. Sie lieben einander noch, aber sie verstehen einander nicht mehr. Und seinen Arbeitsplatz, die Stätte seiner Tätigkeit, sucht der Mann nicht auf. Der Krieger fürchtet die Erinnerung.

* * *

Der Herr Oberleutnant.

Vor dem Kriege war er ein netter, lieber, bescheidener Junge, der emsig lernte und seinem Vater dankbar war, weil er ihm erlauben wollte, Maschinenbau zu studieren. Dann kam der Krieg. Der junge Bursche wurde Fähnrich, Leutnant, kürzlich Oberleutnant. Er ist ein großer Herr geworden und hat das Befehlen gelernt. Mit grauhaarigen Soldaten zankt er wie mit Kindern. Aber er hat es sich abgewöhnt, wenn er der alten Hausgehilfin einen Auftrag gibt, ein „bitte" vorzusetzen, wie er es seit Kinderzeit getan. „Kathi, ein Wasser!" heißt es jetzt. Die Mutter strahlt vor Glück. Ihr ist alles recht — wenn der Sohn nur wieder da ist. Sie bewundern seine Uniform, seinen Säbel, seine Macht. Aber der Vater sieht kummervoll drein. Er weiß, daß sein Sohn noch ein Bub ist und noch auf die Schulbank muß. Mit Sorge und Bangen fragt er sich: Wird der Junge wieder gehorchen lernen? Wird er begreifen, daß er nichts ist, nichts weiß, nichts kann und ganz bescheiden lernen muß? Oder bleibt er sein Leben lang ein Opfer des Krieges und der unnatürlichen Machtstellung, in die er geschoben wurde? Der Herr Oberleutnant geht inzwischen in die Stadt, sein Rieseneinkommen nützlich anzubringen.

* * *

Abschied.

Selbstverständlich ist der Bahnsteig gesperrt. Aus den Wartesälen wird man gewiesen, also heißt es in der nassen, kalten, schmutzigen Halle Abschied nehmen. Es muß sehr schnell gehen und um die letzte halbe Stunde des Zusammenseins, die kostbarer ist als jede andere, wird man geprellt. Dann schleichen die begleitenden Frauen zurück zur Straßenbahn, öde, leere Verzweiflung im Herzen. Wieder ein Abschied, wieder hat man gesagt: „Das nächste Mal bleibst du schon da." Aber man hat sich diesen Trost zu oft schon gegeben, er wirkt nicht mehr. Mancher Seufzer steigt aus schwer bedrücktem Herzen auf, manche Träne wird verstohlen weggewischt. „Genieren S' Ihnen nit", sagt eine ältere Frau zu einer blutjungen, „weinen S' Ihnen aus. Wir verstehen das alle!" Die Frauen rund herum nicken, und eine sagt halblaut: „Schön ist so ein Urlaub, aber kurz." Und alle die armen Weiber im Kopftuch und die Damen in der kostbaren Pelzjacke, alle ohne Ausnahme, antworten: „Das ist wahr." Dann eilen wir schweigend fort, in das stille, leere, einsame Heim.

Unterhaltung und Belehrung

Menschen im Kriege. Die Prager „Bohemia" erzählt diese Geschichte: Es war Donnerstag abend, in einem großen Prager Kaffeehause. Alle Tische dicht besetzt, Hofräte, Kaufleute, Damen, Dämchen, Studenten, Offiziere Aristokraten, Bierbrauer, Gauner, alles durcheinander. Plötzlich erlaubte sich die Sicherung eines Transformators im städtischen Elektrizitätswerk einen dummen Witz, alle Lichter erloschen, das Kaffeehaus ward finster. In dem Kaffeehause gibt es zwei Zahlkellner. Der eine zündete sofort eine Kerze an, stellte sie vor die Tür und etablierte sich neben dem Eingang. „Denn", so sprach der Ober, „ich kenne meine Gäste". Der zweite Ober ging im Dunkeln durch alle Säle und tröstete die Gäste, die in der Lektüre gestört waren. Als sich Leute von den Sitzen erhoben, rührte er sich nicht. „Denn", so sprach der Ober, „ich kenne meine Gäste". Plötzlich flammten alle Lichter auf, die Störung war behoben. Was sah man da? Sämtliche Gäste saßen im Winterrock da; in den Händen hielten sie Stöcke und Schachteln, jeder sein ganzes [illegible]. Die Kleiderständer aber waren leer. Da sah man, daß [illegible] seinen Nachbar für einen

ev. Kirchenchor der Johanneskirche wird durch Liedervorträge die Feier verschönern und ein neu entdecktes Sangestalent unter unseren Feldgrauen, ein Unteroffizier, der im Reservelazarett VIII liegt, wird die schönen Gaben seiner Kunst bieten. Lichtbilder aus den Kämpfen an der Westfront sollen gezeigt werden. Die Programme zu dieser Feier, die als Eintrittskarten dienen, können im Laufe des Samstags bei dem Kirchendiener im Gemeindehause der Südstadt abgeholt werden.

* **Mühlburg.** Schuhvortrag. Der durch den Bad. Frauenverein abgehaltene Schuhvortrag mit Ausstellung zeitgemäßer Schuhwaren war derartig überfüllt, daß viele wieder umkehren mußten. Eine Wiederholung findet in einem größeren Saal laut Inserat am Samstag abend in der Turnhalle Hardtschule, abends 8 Uhr in Mühlburg statt.

Von der Volksschule. Die Anmeldung der auf Ostern 1918 schulpflichtig werdenden Kinder erfolgt am 18. Februar. Anzumelden sind alle Kinder, die bis zum 30. April d. J. ihr 6. Lebensjahr vollenden. Die Bestimmungen über Befreiung der Kinder, die Privatunterricht erhalten, im Herbst in eine höhere Lehranstalt oder in eine Privatschule eintreten, oder auf 1 Jahr zurückgestellt werden sollen, sind aus der Bekanntmachung des Volksschulrektorats in der heutigen Nummer zu ersehen.

Fußball-Wettspiele. Der Ortsausschuß der Karlsruher Rasensportvereine läßt unter Karlsruher Fußball-Mannschaften zwei Pokale ausspielen. Der kommende Sonntag bringt wieder einige Treffen dieser Pokalspiele. Auf dem Sportplatz des F. C. Mühlburg an der Honsellstraße treffen sich zwei alte Gegner: F. V. Beiertheim und F. C. Mühlburg. Die Treffen dieser beiden Mannschaften sind immer interessant und lebhaft. Um 1 Uhr spielen Phönix und Mühlburg 2. Auf dem Spielplatze des V. f. B. Karlsruhe gegenüber der Telegraphenkaserne treten F. C. Südstern und V. f. B. zum Pokalspiele an, während in Durlach auf dem Spielplatz des F. C. Germania der Fußballklub Konkordia Karlsruhe sein Treffen gegen Germania Durlach austrägt. Sämtliche Spiele beginnen nachmittags um ½3 Uhr.

Kompositions-Abend Arthur Kusterer. Dem am morgigen Samstag abend ½8 Uhr im Museumssaale stattfindenden Kompositionsabend des hiesigen Komponisten Arthur Kusterer wird ziemliches Interesse entgegengebracht, wie aus dem regen Vorverkauf der Eintrittskarten ersichtlich ist. Außer dem Komponisten haben ihre Mitwirkung zugesagt: Frl. Margarethe Bruntsch, Herr Josef Schöffel, sowie die Hofmusiker Ottomar Voigt, H. Grimme, Hugo Lüthje und Kammermusiker Paul Trautweiter. Karten sind zu haben in der Musikalienhandlung Fritz Müller, Kaiserstr. 124, sowie an der Abendkasse von 7 Uhr an.

Gerichtszeitung.

Mannheim, 6. Febr. Privatbeleidigungsklagen nehmen in einem Maße an Umfang zu, daß man für die „reinigende Wirkung unserer großen Zeit" nur mehr ein Lächeln übrig hat. Man sollte es kaum für möglich halten, daß es in der jetzigen Zeit, wo die äußerstmögliche Arbeitsleistung eines Jeden notwendigste Pflicht ist, noch Leute gibt, die Muße haben, sich in ihrer Nachbarn Angelegenheiten zu mischen, Unfrieden zu stiften, Krieg im Hause zu führen und schließlich noch durch Gewäsch den Justizbehörden Arbeit zu machen. Allein in der letzten **Schöffengerichtssitzung** standen **sieben Beleidigungsklagen** und ebensoviele **Wiederklagen** (ohne die geht es ja nur ganz selten ab), also vierzehn Privatklagen zur Verhandlung. Kläger und Beklagte sind in den meisten Fällen Frauen, die gewöhnlich vor Gericht noch einmal eine Kostprobe ihrer Mundfertigkeit und Beherrschung unparlamentarischer Ausdrücke geben. Es ist ein betrübendes Bild, das sich in den Sitzungen da aufrollt und man könnte nur wünschen, daß zu den tausend und sovielmal Bundesratsverordnungen noch eine käme, die Privatbeleidigungsklagen während des Krieges untersagt. Denn mit der Verurteilung der einen oder anderen Partei gibt es noch lange keine Ruhe, im Gegenteil, das Urteil ist gewöhnlich der Ausgang neuer Beschuldigungen.

Soziale Rundschau.

Mehr Schuhe und Kleider für die Arbeiter. An die Reichsbekleidungsstelle wurde von den vier Bergarbeiterorganisationen folgende Eingabe gerichtet:

Bochum, Essen, Wanne, den 1. Februar 1918.

Die unterzeichneten Vorstände der vier Bergarbeiterorganisationen gestatten sich, die Reichsbekleidungsstelle darauf aufmerksam zu machen, daß die Versorgung der Bevölkerung, und besonders der Bergarbeiter, mit Schuhen, Kleidungsstücken und Wäsche als völlig ungenügend bezeichnet werden muß. Die zur Versorgung der Bergarbeiter zur Verfügung stehenden Arbeitsschuhe reichen bei weitem nicht aus, um die dringendsten Anforderungen zu befriedigen. Da es der großen Mehrzahl der Bergarbeiter nicht möglich ist, in Holzschuhen zu arbeiten, so bedeutet das Fehlen von Lederschuhen, daß die Arbeiter nicht arbeiten können. Die gleichen Mängel bestehen in der Versorgung mit Kleidern und Wäsche. Zu diesen Mängeln kommt hinzu, daß die vorhandene Ware nur zu unerhört hohen Preisen zu haben ist. Für ein Paar Schuhe, die in Friedenszeiten 6 Mk. kosteten, werden heute 30 bis 50 Mk. verlangt und bezahlt. Dabei erhält der Arbeiter heute Schuhe, die schon nach kurzer Zeit zerrissen sind und hohe Reparaturkosten verursachen. Für Kleidung und Wäsche werden wahre Phantasiepreise verlangt. Ein Grubenanzug, der früher für 8—10 Mark zu haben war, muß heute mit 65 Mk bezahlt werden. Hinzu kommt noch, daß die Ware heute sehr minderwertig ist.

Die Folge ist, daß jetzt bittere Not in den Arbeiterfamilien zu finden ist. Diese Zustände haben eine Stimmung erzeugt, die für die Landesverteidigung sehr bedrohlich ist. Es ist deshalb dringend erforderlich, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Bekleidungsstücken eine wesentlich bessere wird. Die von den Bergarbeitern bewohnten Industriebezirke müssen mit Bekleidungsstücken besonder beliefert werden. Notwendig ist auch vor allen Dingen, daß die Preise so gesetzt werden, daß die arbeitende Bevölkerung sie auch bezahlen kann.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands (Bochum.)
Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands (Essen.)
Polnische Berufsvereinigung (Abteilung Bergarbeiter).
Gewerkverein der Fabrik- u. Handarbeiter H.-D. (Abt. Bergarb.)

Die auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung vorliegenden Wünsche und Beschwerden sollen von den Organisationsleitungen nochmals eindringlich bei den in Betracht kommenden Behörden mündlich vorgetragen werden.

In einer weiteren Eingabe an das Reichswirtschaftsamt wird gewünscht, daß für Feierschichten, die wegen Wagen-, Kohlen- und Karbidmangel entstehen, auch den Bergarbeitern eine entsprechende Vergütung gewährt wird.

Sitzung des Beirats der Nationalstiftung. Am 21. d. M. fand im Reichstagsgebäude die erste Sitzung des Beirates der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen statt. Der Vorsitzende Staatsminister Dr. Drews begrüßte die Versammlung, die sich aus Vertretern der einzelnen Landesausschüsse, den vom Reichskanzler ernannten Mitgliedern des Bundesrats und des Reichstags sowie aus den vom Präsidium gewählten Mitgliedern zusammensetzte. Derselbe wies auf die gewaltige Ausdehnung des Arbeitsgebietes der Nationalstiftung hin, die künftig über ihre ursprünglichen Zwecke einer Gewährung von Unterstützungen an Kriegshinterbliebene hinaus der Mittelpunkt aller sozialen Fürsorgebestrebungen werden solle, durch welche notwendig die gesetzliche Hinterbliebenenversorgung ergänzt werden müsse. Der stellvertretende Vorsitzende, Ministerialrat Dr. Schweyer, München, erläuterte im einzelnen die wichtigsten Ziele des Beirates. Dank der fördernden Mitwirkung der militärischen und bürgerlichen Behörden und gestützt auf die wertvollen Vorarbeiten des Haupt- und Arbeitsausschusses für Kriegerwitwen- und -Waisenfürsorge bestehe die sichere Aussicht, durch eine Zusammenfassung aller gleichstrebenden Kräfte dem großen Werke zum Gelingen zu verhelfen. In Erledigung der Tagesordnung nahm dann die Versammlung die Wahl von 15 weiteren Mitgliedern des Beirates vor. Den Schluß der Verhandlungen bildete ein Vortrag von Dr. Polligkeit-Frankfurt a. M., über „Erwerbslosenfürsorge für Frauen während der Uebergangswirtschaft vom Standpunkt der Kriegerwitwen". Die vom Vortragenden geforderten Vorkehrungen zu einer allgemeinen Erwerbslosenfürsorge für Frauen unter Berücksichtigung der eigenartigen Lage der Kriegerwitwen fanden in der Versammlung grundsätzliche Zustimmung.

Neues vom Tage.

Haag, 6. Febr. (WTB. Nicht amtlich.) Das Correspondenz-Büro meldet, daß im Monat Januar an der niederländischen Küste 239 Minen angeschwemmt wurden, darunter 215 englischen, 19 deutschen und 5 unbekannten Ursprungs.

Rotterdam, 7. Febr. (WTB.) Nicht amtlich.) „Maasbode" meldet: Der Dampfer „Grenville" (4181 BRT.) ist bei Kap Bata auf Felsen gelaufen und wahrscheinlich verloren. Der schwedische Segler „Gourli" ist nach einem Zusammenstoß aufgefahren und gesunken. Der schwedische Segler „Pilgrim" ist gestrandet.

Briefkasten der Redaktion.

D. A. M. im Felde. Die Altersgrenze ist nicht 44, sondern 45 Jahre. Wer über 45 Jahre ist und länger als ½ Jahr in vorderster Linie war, kann seine Rückversetzung aus der Gefahrenzone beantragen.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil **Hermann Kabel**; für den Inseratenteil **Gustav Krüger**, beide in **Karlsruhe, Luisenstraße 24.**

Die Bekanntmachung, betreffend Höchstpreise für Spinnpapier aller Art sowie für Papiergarne und -bindfäden vom 10. Juli 1917 Nr. W. III. 700/5. 17 K. R. A. ist durch eine Nachtragsbekanntmachung vom 1. Februar 1918 Nr. Paga. 1200/11. 17. K. R. A. in mehrfacher Beziehung ergänzt und abgeändert.

Zur Preistafel I der Bekanntmachung vom 10. Juli 1917 sind zwei Nachträge vorgesehen. Die Preistafel II hat unter II A eine andere Fassung bekommen; unter II B sind Nachsatz 1 und 2 fortgefallen; II B 2 und II b 1 (Zuschläge) sind ergänzt.

Ferner ist abgeändert der § 3 der Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme von Spinnpapier, Papiergarn, Zellstoffgarn und Papierbindfaden sowie Meldepflicht über Papiergarnerzeugung vom 23. Oktober 1917 Nr. Paga. 1/10. 17. K. R. A. in seinem letzten Absatz durch eine Nachtragsbekanntmachung vom 1. Februar 1918 Nr. Paga. 1500/11. 17. K. R. A. Nach dieser Abänderung ist an jede erlaubte Lieferung von Spinnpapier, Papiergarn, Zellstoffgarn und Papierbindfaden die weitere Bedingung der Einhaltung bereits festgesetzter oder noch festzusetzender Höchstpreise oder sonst vorgeschriebener Richtpreise geknüpft. Nach dem Inkrafttreten von Höchstpreisen dürfen höhere Preise nur dann berechnet werden, wenn der Belegschein oder Freischein für die betreffende Lieferung spätestens am Tage des Inkrafttretens der Höchstpreise von der Kriegs-Rohstoff-Abteilung genehmigt, bziw. ausgestellt ist.

Der genaue Wortlaut beider Nachtragsbekanntmachungen ist bei den **Bürgermeisterämtern** und **Polizeibehörden** einzusehen. 2502

Auskunftei Bürgel
300 Geschäftsstellen
Garantiedepôt Mark 300 000.
Einzel- und Abonnements-Auskünfte für jedermann 2130
Friedrichsplatz 2. Tel. 455

2. Schuh-Vortrag
Samstag Abend 8 Uhr in der **Turnhalle Haardtschule** von Frau **Luise Kautz**, 2507 mit darauffolgender Anmeldung zu Kursen.
Badischer Frauenverein.

Im Räumungsverkaufe
Stühle 4.50, Tische 9.50, 2 kompl. Betten mit Federnbetten à 120 M, Bettstellen mit Rost u. Matratze, 2 halbfranz. Bettstellen mit Rost, todellos, 1 Uhr, 1 Gaslüster, Küchentisch, Klapptische, Bettrost 25 M, Fliegenschrank 15 M, Fauteuil mit Einrichtung 35 M, Werktisch, Wasserbank, Sitzbadewanne usw. 2497
Krämers Laden
Kaiserstr. 69, Ecke Waldhornstr.

Vertiko, Küchenschrank, Diwan, kauft sowie **ganze Einrichtungen**
Levy, An- und Verkaufsgeschäft, **Markgrafenstr. 22.** 2511

100 Postkarten, gangbarstes Prachtsortiment, enth. Gold-, Glanz-, Broms.-, Kunst-, Blumen-, Kopf-, Kinder-, Geburtstags-, Liebes-, Landsch.-, Witzkarten usw. 5.50 M. (10—30 Pf Verkauf); Tausende Anerkennung. 100 Karten 1.50, 4 u. 5 M. 2506
P. Wagenknecht, Verlag, Leipzig

Chaiselongue
neue, zu verkaufen. 2439
Polsterei Köhler
Schützenstr. 25.

Taschenuhren
wenn auch reparaturbedürftig, kauft 2510
Levy, An- und Verkaufs-Geschäft
Markgrafenstraße 22.

Kräftige Bauschlosser
stellt ein 2504
Artilleriewerkstatt-Süd, Spandau.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 2. November v. J. nach welcher **alle Obstbäume,** Zierbäume und Gartensträucher in Gärten, Feldern und Wiesen usw., an Straßen, Eisenbahndämmen und in den Höfen alle Raupennester bis längstens 15. Februar d. J. zu vertilgen sind, machen wir wiederholt eindringlich darauf aufmerksam, daß nach den gemachten Beobachtungen **in diesem Jahre eine besonders große Raupenplage in Aussicht steht.** Insbesondere in den in den Ebenen gelegenen Bezirken zeigen die Bäume usw. einen ziemlich starken Befall, oft 60—80 Nester auf einem Baume; jedes dieser Nester behe bergt z. Z. bis zu 200 kleine Räupchen, die bei warmem **Wetter ausschlüpfen und alles kahl fressen. Die Gefahr ist groß;** die diesjährige Obsternte, **die gerade jetzt für die Volksernährung von höchster Wichtigkeit ist,** steht auf dem Spiel. Nicht nur der Baumbesitzer, die ganze Bevölkerung ist an dem guten Ausfall der Ernte interessiert.

Wir fordern die Eigentümer oder Nutznießer nochmals dringend auf, für sofortige Beseitigung der Raupennester Sorge zu tragen. Die Nester müssen abgeschnitten und verbrannt werden.

Gegen Säumige wird mit aller Strenge mit den höchstens zulässigen Strafen vorgegangen werden.

Das Polizei- und Feldschutzpersonal ist angewiesen, genaue Nachschau zu halten. Wir erwarten von dem vaterländischen Sinn der Bevölkerung, daß sie uns durch entsprechende Anzeigen unterstützt. 2509

Karlsruhe, den 7. Februar 1918.

Das Bürgermeisteramt.

Dieb gehalten hatte. Jeder seinen Nachbar. Man war entlarvt, die höflichen Phrasen, die man bei hellem Kaffehauslicht sagt, waren auf ihren Wert hin geprüft. Aber niemand schämte sich, sondern alles grinste verständnisinnig, wie zwei tüchtige Konkurrenten, die plötzlich Kompagnons werden. Nur der feine, bescheidene junge Mann, der an meinem Tische saß, grinste nicht, sondern machte ein verdutztes Gesicht. Sein Winterrock war verschwunden. „Warum brachten Sie nicht rechtzeitig Ihren Winterrock in Sicherheit?" fragte man ihn. „Weil ich fürchtete, man würde glauben, daß ich stehlen will", sagte er. Um 11 Uhr machten die beiden Ober Bilanz. Dem noblen, vertrauensseligen Ober, der sich nicht vor den Ausgang gestellt hatte, fehlten 50 Kronen. Der andere aber hatte um 100 Kronen zu viel einkassiert.

Höhen-Flieger. Ueber Fernaufklärung durch Flieger erzählt Oberleutnant v. Bismarck im „Türmer" allerlei Einzelheiten: „Da die feindlichen Spezialgeschütze heute in Höhen von 5000 Meter hinaufschießen, so fliegt man jetzt Fernaufklärung in 5000 bis 6000 Meter Höhe! In diese Höhe hinauf trifft die feindliche Artillerie nicht mehr genau, auch hat man dort etwas mehr Ruhe vor feindlichen Jagdfliegern. In dieser großen Höhe ist die Luft nun so dünn, daß selbst jede kleine Bewegung außerordentlich ermüdend und anstrengend ist und die Lungen rasch und keuchend arbeiten. Hier herrscht auch im Hochsommer Kälte bis zu 10 und 15 Grad. Wenn man nach einem solchen Höhenflug landet, kommt es häufig genug vor, daß man in wenigen Minuten Temperaturunterschiede von 40 bis 50 Grad durchmacht. Im Winter findet man in Höhen von 4000 Meter, namentlich in Rußland, oft eine Kälte von 40 bis 50 Grad, dazu kommt noch der Propellerwind, der dem Flieger die Kälte erst recht ins Gesicht schleudert. Man hüllt den Körper in dicke Pelze und schützt die freien Gesichtsteile durch Gesichtsmasken und durch Bestreichen mit Fett, doch gehört bei Winterflügen das Erfrieren von Nase und Wangen zur Tagesordnung. Natürlich ist eine genaue Erkundung von Einzelheiten mit bloßem Auge aus diesen großen Höhen nicht mehr möglich. Aus diesem Grunde wird heutzutage jede Fernaufklärung mit der Lichtbilderkammer, der wertvollsten Gehilfin des Beobachtungsoffiziers, durchgeführt. Heute hat man Kammern, die fest und federnd in die Flugzeugkarosserie eingebaut sind, große Brennlängen bis 120 Zentimeter haben und deswegen schon stark vergrößerte Originalaufnahmen liefern".

Zeitungs-Sorgen. Die Sorgen der Zeitungen behandelt die „Dresdener Volkszeitung" in einem beachtenswerten Artikel. Sie erinnert daran, daß im Frieden hundert Kilogramm Zeitungspapier 21,25 Mk. kosteten, heute aber 49,10 Mk. Da sie für eine Nummer über tausend Kilogramm brauche, bedeute das eine tägliche Mehrausgabe von 280 Mk. oder von monatlich 8400 Mk., jährlich aber über 100 000 Mk. Farbe kostete früher 40 Mk., heute 160 Mk., dabei ist es nur Farbenersatz. Kleister kostete früher 75 Mk. die hundert Kilogramm, heute 380 Mk. und taugt obendrein nichts. Bester Hanfbindfaden kostete im April 1914 100 Mk. die hundert Kilogramm, heute muß für minderwertigen Ersatz aus Papier 525 Mk. gezahlt werden. Oel und Benzin kosten fünf- bis sechsmal so viel wie vor dem Krieg. Die übrigen Mehrkosten machen auch noch viele Zehntausende jährlich aus. Aehnlich geht es heute allen Zeitungen.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)

Die **„Sozialistischen Monatshefte",** redigiert von Dr. J. Bloch (Geschäftsstelle: Berlin W. 35, Potsdamer Straße 121 h) haben soeben das 4./5. Heft ihres 24. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Rußland und die deutsche Zukunft, von Max Cohen, M. d. R. — Der notwendige Umbau unserer Lebensmittelversorgung, von Julius Kaliski. — Der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte, von Paul Müller, seemännischem Beirat der Seeberufsgenossenschaft. — Das Erwachen von Zollfragen unter Arbeitern, von Max Schippel. — Von der Liebe zum Buch, von Engelbert Pernerstorfer. — An dich, von Walt. Whitman, übertragen von Max Hayek. — Zur Frage der Frauenberufsarbeit mit besonderer Berücksichtigung des Bäckerberufs, von Felix Weidler, Redakteur der Deutschen Bäckerzeitung. — Sozialistische Parteitage, von Carl Severing. — Zur Jugendbewegung, von Wally Zepler. — Selbstbestimmungsrecht und Separatismus, von Dr. Ludwig Quessel, M. d. R. — Das Zodiakallicht, von Dr. Bruno Borchardt. — Grundfragen der Soziologie, von Dr. Conrad Schmidt. — Ein Reichsamt für Volksgesundheit, von Dr. Adolf Kraft. — Tanzkunst, von Nora Zepler. — Die Zukunft Mittelafrikas, von Hermann Kranold. — Zum Gedächtnis Engelbert Pernerstorfers. — U. a. m.

Der Preis des Heftes beträgt 60 Pfg., der eines Vierteljahrsabonnements 3,60 Mk. Zu haben in jeder Buchhandlung, in den Kiosken und Bahnhöfen, bei allen Kolporteuren, ferner zu beziehen durch jede Postanstalt, sowie direkt durch den Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Berlin W. 35. Man verlange vom Verlag ein Heft zur Ansicht.

Auch Sie

bitten wir, etwas bereit zu halten für die **Papiersammlung** in der **Altstadt**

heute Freitag.

2488

Sammler tragen abgestempeltes Rotes Kreuz-Zeichen.

Museumssaal, Karlsruhe

Samstag, den 9. Februar 1918, abends 1/2 8 Uhr,

Kompositions-Abend

Arthur Kusterer

Mitwirkende:
Hofopernsängerin **Margarete Bruntsch**, Hofopernsänger **Josef Schöffel**, Hofmusiker **Ottomar Voigt, Hans Grimme, Hugo Luthje** und Kammermusiker **Paul Trautvetter.**
Am Flügel: **Der Komponist.**

Lieder, Klavier- u. Kammermusikwerke

Karten in der Hofmusikalienhandlung **Fritz Müller,** Kaiserstr. 124, zu 4.—, 3.—, 2.— und 1.— Mk. Abendkasse von 7 Uhr an. 2490

Blüthner-Konzertflügel von Herrn Hoflieferant **Schweisgut.**

Der Saal wird geheizt.

Ankauf von Gold, Silber, Platin und Juwelen

bei der

Gold- und Silberankaufstelle
Karlsruhe, Stefanienstraße 28.

Geöffnet: Montag u. Mittwoch von 10—12 1/2 Uhr, außerdem täglich während der besonderen

Juwelen und Goldankaufswoche

von Sonntag, den 17. Februar bis einschl. Sonntag, den 24. Februar 1918.

Nebenstellen:
Bretten, Bruchsal, Durlach, Ettlingen.

Jedem Einlieferer wird ein Ehrendiplom und bei Einlieferungen über 5 Mk. eine Denkmünze eingehändigt. Ferner erhält jeweils der 100. Einlieferer ein Gedenkblatt nach dem Gemälde von Prof. Kampf „Gold gab ich für Eisen, Volksopfer 1813" mit Widmung. Außerdem ist beabsichtigt, die Liste der Einlieferer öffentlich bekannt zu geben. 2423

Drucksachen werden rasch und billig angefertigt in der Buchdruckerei des „Volksfreund".

Vaterländische Volksfeier

am **Sonntag, den 10. Februar, abends 1/2 8 Uhr,** im **Ev. Gemeindehaus der Südstadt.**

Vortrag des Herrn Stadtverordneten **Rückert: „Meine Erlebnisse bei meiner Reise an die Westfront."** 2503

Liedervorträge des Ev. Kirchenchors der Johanniskirche.

Gesänge von Herrn Unteroffizier **Meckler** unter Begleitung von Fräulein **Engler.**

Lichtbilder von den Kämpfen an der Westfront.

Programme, die als Eintrittskarten dienen, sind beim Kirchendiener im Gemeindehaus im Laufe des Samstags abzuholen.

Kaufleute, Bauführer, Schachtmeister verschaffen sich

Verdienst

durch Anwerbung größerer und kleinerer

Arbeiterkolonnen

für große Baustelle Näheres bei 2474
Carl Brandt, Berlin W 9, Schellingstraße 7.

Für meine Leihanstalt
suche ich
Flügel und **Pianinos**
zu kaufen
und erbitte Angebote. 1417
Ludwig Schweisgut,
Hoflieferant Karlsruhe,
Erbprinzenstraße 4.

Dankbar

sind wir Ihnen, wenn Sie sich unserer

Papier-Sammelwagen

2508 mit Roter Kreuz-Fahne

---

die von

Samstag

an in den Strassen zwischen

Marktplatz und Karlstraße

fahren,

recht ausgiebig bedienen.

Abgängige Tiere

aller Art kauft
Städtisches Gartenamt Karlsruhe. 2166

Kriegs-Ortsausschuß der Karlsruher Rasensportvereine.

Sonntag, den 10. Februar 1918
Pokal-Spiele.

F.-C. Mühlburg I—Beiertheimer F.-V. I
Platz Mühlburg, nachmittags 1/2 3 Uhr.

V. f. B. Karlsruhe I—Südstern Karlsruhe I
V. f. B.-Platz, nachmittags 1/2 3 Uhr. 2500

Germania Durlach I—Konkordia Karlsruhe I
in Durlach, Germania-Platz, nachmittags 1/2 3 Uhr.

Sonntag, den 10. Februar 1918, nachm. 4 Uhr, im Rathaussaal

Oeffentlicher Vortrag

von Frl. **Anna Müller,** Hauptlehrerin, Karlsruhe:

„Was soll aus unseren Töchtern werden."

— **Eintritt frei.** —

Jedermann, insbesondere Mütter und junge Mädchen, herzlich eingeladen. 2501

Die Berufsberatungsstellen:
Kath. Frauenbund. Nat. Frauendienst.

Stadtgarten-Eintrittspreise.

Mit sofortiger Wirkung ändern sich nach dem Stadtratsbeschluß vom 10. Januar d. J. die Eintrittspreise zu einmaligem Besuche folgendermaßen:

Für eine erwachsene Person . . . . . 50 Pfg.
„ „ Militärperson in Uniform vom Feldwebel abwärts . . . . . 25 „
„ ein Kind im Alter von 2—10 Jahren 25 „
Bei ermäßigten Eintrittspreisen an Sonn- und Feiertagen **jedes** Kind bis zu 10 Jahren . . . . . 5 „

Kartenhefte werden nicht mehr ausgegeben.

Karlsruhe, den 1. Februar 1918. 2462

Städtisches Gartenamt.

Wir suchen für unsere Nahrungsmittelfabrik fleißige, saubere, junge

Mädchen.

Arbeitsbuch und Quittungskarte mitbringen.

Gesellschaft Sinner
Grünwinkel.

2128

Bei den 2138

städt. Handwagen-Vermietungsstellen

Gaswerk I, Kaiserallee 11, Fernsprecher 5350, und **Adlerstraße 35,** Fernsprecher Rathaus,

stehen Handwagen mit Bedienung durch Schüler für die Beförderung von Kohlen, Holz, Kartoffeln, Obst und dergl. zur Verfügung.

Die **Miete** einschließlich Bedienung beträgt **für eine Stunde 75 ₰.** Sie ist **im voraus zu bezahlen.**

Bestellungen sind im Interesse einer geregelten Zuweisung der Wagen an die Besteller **am Tage vorher oder spätestens am Benützungstage bis vorm. 9 Uhr** anzubringen.

Das Bürgermeisteramt.

Bekanntmachung.

Die Altkleiderabgabestelle Douglasstraße 24 ist von heute an aufgehoben und werden künftig nur in unserem Laden Kaiserstraße 91 getragene Kleider, Schuhe usw. von morgens 9—12 1/2 und mittags von 2 1/2—6 Uhr angenommen.

Karlsruhe, den 7. Februar 1918. 2506

Städtische Bekleidungsstelle.
Verwaltung.

---

macht jedermann der seinen Bedarf in **Messer** u. **Stahlwaren** jeder Art deckt, wo dieselben auch fachmännisch geschliffen und repariert werden können. 216
Karl Hummel, Werderstrasse Nr. 13, Telephon 1547.

Gesucht ein tüchtiger

Zimmermann

zum sofortigen Eintritt. 2485

Badische Lebensmittelfabrik
Louis L. Stern & Co.

Gesucht werden:
Köchinnen für Privat
Mädchen für alles
Mädchen zum Anlernen sowie
Stundenfrauen für häusliche Arbeiten
für sofort oder später. 2187

Städt. Arbeitsamt
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Zähringerstr. 100,. 2. Stock

Eine gebrauchte, jedoch gut erhaltene

starke Winde

zu kaufen gesucht. 2486

Badische Lebensmittelfabrik
Louis L. Stern & Co.

Dokumente zum Weltkrieg.

1.	Das deutsche Weißbuch	0,35 M.
2.	Das englische Blaubuch I	0,45 „
3.	Das englische Blaubuch II	0,55 „
4.	Das russische Orangebuch	0,35 „
5.	Das belgische Graubuch	0,35 „
6.	Das Gelbbuch Frankreichs I	0,55 „
7.	Das Gelbbuch Frankreichs II	0,55 „
8.	Das Gelbbuch Frankreichs III	0,45 „
9.	Das österreichisch-ungarische Rotbuch	0,45 „
10.	Das italienische Grünbuch I	0,55 „
11.	Das italienische Grünbuch II	0,55 „
12.	Das serbische Blaubuch	0,55 „
13.	Das deutsche Weißbuch II, 1. Teil	0,55 „
14.	Das deutsche Weißbuch II, 2. Teil	0,65 „
15.	Das englische Blaubuch (Nachträge)	0,65 „
16.	Aus dem belgischen Graubuch II (Nachträge)	1,— „

zu haben in der

Buchhandlung „Volksfreund"
Luisenstraeß 24. — Tel. 128.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Todesfälle. Elsa, 2 J. alt, V. Heinrich Wilhelm Poggensee, Schneider. Euphrosine Regenold, 73 J. alt, ledig, ohne Beruf. Wilhelmine Winkler, 60 J. alt, Witwe von Julius Winkler, Elektrotechniker. Luise Lindenlaub, 75 J. alt, Witwe von Adolf Lindenlaub, Kürschnermeister. Martin Kramer, Werkaufseher Ehemann, 69 J. alt.